

Nikolaus Werz

Einleitung: Politische Gesichter Lateinamerikas¹

Das Bild Lateinamerikas wird von Gegensätzen bestimmt: Armut, Unterentwicklung und Gewalt stellen die eine Seite dar, Lebensfreude, Wunsch nach Befreiung und Reichtum die andere. Schlechte Nachrichten scheinen für Politik und Wirtschaft reserviert, gute Botschaften gehen von der Kultur aus. Während sowohl in der öffentlichen als auch in Teilen der sozialwissenschaftlichen Perzeption Probleme wie Abhängigkeit, Ungleichheit und Korruption überwiegen, konzentriert sich das persönliche Interesse auf den Einzelnen und interessante Begegnungen. Vereinfacht ausgedrückt: Während der Gesamteindruck des amerikanischen Subkontinents durchwachsen bleibt, sind die Gesichter seiner Menschen, Schriftsteller, Künstler und Sportler heiter und farbenfroh. Auch für einige Politiker scheint diese Doppelrolle zu gelten.

Politiker sind nicht populär – besonders in Lateinamerika, möchte man hinzufügen. Manche werden sich noch an den argentinischen Sommer 2001 erinnern, als innerhalb weniger Tage fünf Präsidenten amtierten und Demonstranten auf den Strassen skandierten: “*Que se vayan todos* – Sie sollen alle verschwinden.”

Doch dieses Bild entspricht nur partiell der Realität. Im Zuge einer gewissen wirtschaftlichen Erholung sind zwischen 2003 und 2009 in mehreren Ländern Präsidenten – Lula in Brasilien, Alvaro Uribe in Kolumbien, Hugo Chávez in Venezuela und Rafael Correa in Ecuador – oder Parteien bzw. Parteienbündnisse – die *Partido Acción Nacional* (PAN) in Mexiko, die *Concertación* in Chile – wiedergewählt worden. In Argentinien wurde nach Nestor Kirchner zum Jahreswechsel 2007/08 seine Frau Christina Fernández de Kirchner Präsidentin. Die Vorstellung von einer generellen Ablehnung der Politiker greift aber

¹ Erste Versionen wurden im März 2008 beim *Instituto Cervantes* in Hamburg sowie im Frühjahr 2009 bei Veranstaltungen des Thomas-Morus-Bildungswerkes in Mecklenburg-Vorpommern vorgetragen.

auch deshalb zu kurz, weil Lateinamerika derzeit die längste demokratische Phase seiner Geschichte durchläuft, d.h. seit fast 30 Jahren finden außer in Kuba und Haiti in der Regel freie Wahlen statt. Zwar prägen in der Berichterstattung nicht selten bärtige Guerilleros und selbsternannte Revolutionäre das Bild des Subkontinentes, Anfang des 21. Jahrhunderts hat jedoch die große Mehrheit der Präsidenten das Amt als Ergebnis freier und weitgehend fairer Wahlen übernommen. Erstaunlich bleibt indessen, dass auch unter den Bedingungen von Wahldemokratien einzelne Personen und Mythen offenbar eine Konstante bilden und sogar an Bedeutung gewinnen.

Die Politiker und ihre Fähigkeiten sind aber noch aus einem anderen Grund wichtig. Sie können im lateinamerikanischen Präsidentialismus zumindest auf den ersten Blick mehr Macht entfalten als Regierungschefs in Westeuropa. Aus dem Präsidentenamt resultieren Möglichkeiten zur Finanzierung und zum Aufbau klientelistischer Strukturen. "Warum möchten Sie an die Präsidentschaft gelangen? Weil dort das Geld ist", lautet ein in Lateinamerika häufig zitierter Satz. Übrigens gelingt dies längst nicht mehr so gefahrlos wie in der Vergangenheit – einige Ex-Präsidenten wurden nach Korruptionsvorwürfen vorübergehend in Untersuchungshaft oder Hausarrest genommen, z.B. in Costa Rica und Venezuela. Einzelne wurden verurteilt, zuletzt Alberto Fujimori, der von 1990 bis 2000 Präsident in Peru war. Da auch links-nationalistisch auftretende Regierungen vom Export (oder von ausländischer Unterstützung) abhängen, beruht die Popularität und internationale Präsenz zum Beispiel der neuen Populisten und anderer Amtsinhaber nicht zuletzt auf den Preisen für die Ausführprodukte ihrer Länder.

Entgegen den nicht nur in Lateinamerika vorhandenen antipolitischen Einstellungen sind einzelne Politiker erstaunlich populär. *Leaders* und populistisch auftretende Präsidenten gehören in Nord- und Südamerika zum politischen Leben. Hier sei an den Ecuadorianer José María Velasco Ibarra (1893-1979) erinnert, dem der Satz "Gebt mir einen Balkon und das Präsidentenamt ist mein" zugeschrieben wird. Er gewann eigentlich jede Wahl, zu der er antrat. Die dazwischen anfallende Zeit im Exil nutzte er u.a. für Forschung und Lehre. Politiker wie der Venezolaner Rómulo Betancourt und der Chilene Eduardo Frei (siehe die Aufsätze in diesem Band) verfassten Texte, die für die Geschichte ihrer Länder wichtig wurden. Einige sind also, wenn wir

eine auch in der Bundesrepublik Deutschland fast antiquiert wirkende Terminologie verwenden möchten, Staatsmänner (*estadistas*) geworden, obwohl sie als Populisten begannen.

1. Politiker in Lateinamerika: eine wenig erforschte Spezies

Ein Buch über Politiker in Lateinamerika mit wissenschaftlichem Anspruch fehlt bislang im deutschen Sprachraum. Aber auch in Lateinamerika erschienen trotz einer stärkeren Orientierung an Personen entsprechende Darstellungen vor allem bis in die 1950/1960er Jahre (etwa Arciniegas 1958). Als Folge des *Dependencia*-Konzepts dominierten in der Folgezeit strukturalistische Ansätze, die – wie in dem vielfach aufgelegten und mittlerweile auf veralteten Zahlen beruhenden Essay von Eduardo Galeano *Die offenen Adern Lateinamerikas* – in der langen Fremdbestimmung und Abhängigkeit des amerikanischen Subkontinentes die Ursachen für die meisten Fehlentwicklungen sahen.

Erst in jüngster Zeit erschienen wieder Bücher zum Thema. Die von dem argentinischen Historiker Fernando Sabsay vorgelegten Bände zu den “Protagonisten Lateinamerikas” (2003; 2006) besitzen den Vorzug, dass sie aus einer Hand stammen und gut geschrieben sind. Sie verzichten allerdings auf einen wissenschaftlichen Apparat, auf Quellenverweise und ein gemeinsames Gliederungsschema. Im 1. Band sind sie nach Ländern geordnet, im 2. Band erfolgt eine Auflistung von 15 Persönlichkeiten, beginnend mit dem Peruaner Ramón Castilla aus dem 19. Jahrhundert bis hin zu Ernesto Che Guevara. Vorangestellt wurde ein Aufsatz über die indigene Präsenz in der Politik. Der Sammelband des Chilenen Marcos Álvarez García (2007) konzentriert sich nach einer allgemeinen Einleitung auf Politiker des 20. Jahrhunderts. Allerdings fallen die politischen Biografien in der Länge und Präsentationsform recht unterschiedlich aus, einige Aufsätze wurden 20 Jahre vor dem Erscheinen des Bandes abgeschlossen, andere sind aktuell. Es wurde nicht der Versuch unternommen, den Beiträgen ein gemeinsames Schema zugrunde zu legen. Zuweilen spielt die Ideengeschichte eine größere Rolle als die Biografie oder die Soziologie politischer Herrschaft. Beide Veröffentlichungen verweisen indessen auf ein neues Interesse in Publizistik und Wissenschaft,

nämlich Geschichte und Politik wieder stärker über den Lebenslauf des Einzelnen zu erschließen (Reents 2001; Gumbrecht 2008).

In den jeweiligen Ländern finden sich Bücher zu nationalen Politikern. Mexiko besitzt hier eine lange Tradition, der ebenfalls als Essayist bekannte Historiker Enrique Krauze hat eine Reihe von Biografien über Politiker und Intellektuelle vorgelegt. Von übergreifendem Interesse werden Politiker jedoch offenbar nur dann, wenn sie mit einem gesamtlateinamerikanischen Anspruch oder revolutionärem Flair auftreten. So lässt sich etwa die Zahl der Studien über Fidel Castro und Ernesto Che Guevara – allein im deutschsprachigen Raum – kaum noch überblicken. Die beiden dominieren in den sonst zu Lateinamerika eher spärlich besetzten Regalen der Buchhandlungen westlicher Gesellschaften. Dies hat mit den Bildern von Lateinamerika zu tun. Politisch sind die Lateinamerikaner demnach entweder Militärs oder bärtige Revolutionäre, *milicos* oder *barbudos*. Der Venezolaner Carlos Rangel gab seinem Essay zur lateinamerikanischen Politik den durchaus polemisch gemeinten Titel „Vom guten Wilden zum guten Revolutionär“ (1977), aber auch ein externer Beobachter wie der Sozialhistoriker Eric Hobsbawm konstatierte:

Kurzum, das Bild von dunkelhäutigen Guerilleros inmitten von tropischer Vegetation hatte einen wesentlichen, vielleicht sogar entscheidenden Anteil an der Radikalisierung der Ersten Welt in den sechziger Jahren (Hobsbawm 1995: 550),

womit er die Rückwirkungen auf die Industriegesellschaften beschrieben hatte.

In der deutschen Öffentlichkeit bestand lange die Vorstellung, die Verhältnisse in Lateinamerika seien so verfahren, dass nur radikale Antworten angemessen seien. „Da hilft nur noch Gewalt“, hieß eine *Spiegel*-Serie von 1970. Diese Sichtweise von einer notwendigen Veränderung vertrug sich durchaus mit der Vorstellung von einem „Kontinent der Zukunft“, wie sie auch von der katholischen Kirche vertreten wird. Die unerfreuliche Wirklichkeit wurde benannt und die Hoffnung geäußert, dass sich demnächst alles zum Besseren wenden möge.

Lateinamerikanische (und nordamerikanische) Autoren sind, was einen evolutionären Weg in die Zukunft anbelangt, meist optimistischer. Skeptiker oder liberale Intellektuelle wie der bereits erwähnte Carlos Rangel (1929-1988) oder der mexikanische Essayist und Dichter Octavio Paz (1914-1998) sind allerdings selten. Einige von ihnen

haben vorher eine linke Phase durchlaufen. Hierzu zählen etwa Plinio Apuleyo Mendoza, Carlos Alberto Montaner und Alvaro Vargas Llosa, die sich in essayistischen Werken kritisch mit den politischen Eliten in Lateinamerika auseinandersetzen.

Wie steht es nun mit den Politik- und Sozialwissenschaften, d.h. denjenigen, die sich systematisch mit dem Thema beschäftigen? Sie haben die Politiker meist ausgeklammert. Modernisierungstheoretische Autoren wie der italo-argentinische Soziologe Gino Germani (1911-1979) erwarteten die Entstehung entwickelter Gesellschaften und betrachteten Populisten wie Juan D. Perón eher kritisch. Die in den späten 1960er Jahren aufkommenden *Dependencia*-Ansätze, die in der Jahrhunderte langen Abhängigkeit und Fremdbestimmung die Gründe für die Lage Lateinamerikas sahen, bevorzugten eine polit-ökonomische Sicht; Personen spielten eine untergeordnete Rolle, nicht wenige Autoren sympathisierten damals mit den Guerillabewegungen oder einigen Maßnahmen von Präsidenten des klassischen Populismus. Mit der Re-Demokratisierung in den 1980er Jahren gewannen institutionelle sowie an der Wahl- und Einstellungsforschung orientierte Interpretationen an Bedeutung. Die Qualität der Wahlen verbesserte sich, es erfolgten Maßnahmen mit dem Ziel einer Dezentralisierung und Demokratisierung. Allerdings führten die auf den Weg gebrachten Reformen im Zuge des "verlorenen Jahrzehntes", wie die lateinamerikanische Wirtschaftskommission CEPAL die 1980er Jahre nannte, nicht überall zu den erhofften Ergebnissen. Die Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Stagnation und Globalisierung in den 1990er Jahren hat zum Aufstieg von neuen Populisten beigetragen. Relativ unbeeindruckt davon konzentrieren sich die internationale und besonders die deutschsprachige Forschung auf Aspekte der Transformation und des *global governance*, wobei die Fortschritte mittels eigens entworfener Indexe gemessen werden. In Deutschland gehört dazu der Bertelsmann Transformation Index (BTI). Populistische Figuren und sogenannte Anti-Politiker sind in diesem Forschungsdesign eigentlich nicht vorgesehen. Einige wenige Studien beschäftigen sich mit dem Thema politische Führung und der Rolle der Eliten in Lateinamerika (Hofmeister 2002; Birle 2007).

Bei dem 1998 erschienenen Buch des Zeitgeschichtlers und Politikwissenschaftlers Hans-Peter Schwarz, *Das Gesicht des Jahrhunderts* fällt auf, dass in seiner beeindruckenden Gesamtschau kein Poli-

tiker aus Lateinamerika auftaucht, sondern nur der spanische General und Diktator Francisco Franco (1892-1975). Im vorliegenden Band stehen sie im Zentrum. An unserem Vorhaben waren Historiker, Politik- und Sozialwissenschaftler sowie Journalisten beteiligt. Ein aktueller Bezug ist vorhanden: Zum einen wird ab 2009 in mindestens zehn lateinamerikanischen Ländern mit erheblichem Aufwand das 200. Jubiläum der Unabhängigkeit gefeiert. Zum anderen zeigt sich in den Medien und der Zeitgeschichtsschreibung – wie bereits erwähnt – generell ein neues biographisches Interesse.

Während die Politik- und Sozialwissenschaftler die Politiker selten untersuchten bzw. dies eher den Journalisten überließen, haben die Politiker in Lateinamerika sich durchaus gegenseitig studiert. Nicht wenige haben sich von früher Jugend an in der Redekunst geübt. Von dem kolumbianischen Politiker Jorge Eliécer Gaitán (1903-1948), der als mitreißender Redner bekannt war, ist zum einen überliefert, dass er vor dem Spiegel seine Auftritte und Reden sorgsam einübte (Miranda 2008; Braun 2008). Zum anderen beobachteten und imitierten andere Politiker – wie zum Beispiel Juan Domingo Perón – dessen Ansprachen an das Volk. Auch von daher bestehen kaum erforschte Kontinuitäten im politischen Diskurs Lateinamerikas.

2. Das Erbe der Befreier (*libertadores*) und Caudillos (Anführer)

Im weltgeschichtlichen Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts nimmt Lateinamerika eine Sonderrolle ein. Rund 150 Jahre bevor die Epoche der Dekolonialisierung in Afrika und Asien begann, erlangten die meisten Staaten ihre formale politische Unabhängigkeit. Die großen Taten der Befreier (*libertadores*) erfolgten Anfang des 19. Jahrhunderts. Sie vollbrachten eine Leistung, hinter der der weitere Geschichtsverlauf scheinbar verblasste. Gemessen an den Unabhängigkeitskämpfen, deren Höhepunkte in einigen Ländern wie Kolumbien anlässlich der Jahrestage mit Gefechtsinszenierungen nachgestellt wurden, erscheint das 19. Jahrhundert als eine Phase der Stagnation oder sogar des Niederganges, was dem tatsächlichen Verlauf nicht entspricht, denn der gesellschaftliche "Rückstand" gegenüber den heutigen westlichen Industrienationen war geringer als später. Wohl auch deshalb verständigte man sich frühzeitig und lagerübergreifend darauf, dass die Taten der Befreier und Staatsgründer einzigartig und

von welthistorischer Bedeutung sind. Bis in die Gegenwart gehört es zum guten Ton, dass der kühne Entwurf der *libertadores* nicht hinterfragt oder auch nur mit der historischen Realität in Beziehung gesetzt werden darf. Als der venezolanische Historiker German Carrera Damas 1973 sein Buch *El culto a Bolívar* veröffentlichte, stieß es beim harten Kern der damaligen Bolivarianer auf Ablehnung. Dass ein angesehenen Historiker es wagte, den Bolívar-Kult ideologiekritisch zu analysieren, galt manchem Kollegen als Nestbeschmutzung. Offenbar überzeugte sein Werk mehr die Sozialgeschichtler im Aus- und Inland als die handelnden Akteure. Nach 1999 hat Präsident Hugo Chávez das Land in "Bolivarische Republik Venezuela" umbenannt. Und nicht nur dies: Er sieht sich als Fürsprecher und Protagonist einer Achse bolivarianischer Staaten gegen eine aus seiner Sicht von den US-Regierungen instrumentalisierte Monroe-Achse.

Um diese aus europäischer Sicht verblüffende Gegenwart der Vergangenheit zu verstehen, d.h. die Aktualität einer recht selektiven Interpretation der Unabhängigkeitsbewegung, gilt es, sich deren Verlauf und Nachwirkungen nochmals in Erinnerung zu rufen. Nachdem die Loslösung von den Kolonialmächten eine "unvollendete Revolution" blieb, begann die Suche nach den vermeintlich Schuldigen für das Ausbleiben einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung, denn zumindest die südamerikanischen Großstaaten haben sich im 19. Jahrhundert in ihren Verfassungsentwürfen und Kongressbauten mit den USA oder Frankreich verglichen. Als verdächtig galten und gelten neben den einheimischen, landbesitzenden Oligarchien vor allem die ausländischen Mächte. Ihnen wurde – vor allem in einer seit 1930 aufkommenden nationalistischen Historiographie, d.h. mit erheblicher Verzögerung – die Verantwortung für den ab 1900 offenkundig werdenden Rückfall hinter die USA und Europa zugewiesen. Während die eigenen Eliten also das Erbe der Befreier verspielten, hätten die ausländischen – und dies hieß vor allem die angelsächsischen und freihändlerischen Mächte – ein ausgeprägtes Interesse an einer Balkanisierung Lateinamerikas an den Tag gelegt. Statt des großen Vaterlandes (*patria grande*) seien deswegen kleine Vaterländer (*patrias chicas*) entstanden. Externe Handelsinteressen hätten geschickt die Rivalitäten gefördert (etwa bei der Entstehung Uruguays 1828 oder dem Krieg der Tripelallianz gegen Paraguay 1864 bis 1870) und dadurch eine gemeinsame Geschichte verhindert. In den 1960/

1970er Jahren haben die bereits erwähnten *Dependencia*-Ansätze diese nationalistisch-antiimperialistisch-kontinentalistische Sichtweise aktualisiert. Der eigene Anteil an dem historischen Verlauf und die widrigen geographischen Gegebenheiten, die einen Zusammenschluss Lateinamerikas bis ins 20. Jahrhundert verhinderten, wurden dabei ausgeblendet. Nicht wenigen Lateinamerikanern erscheint die "Befreiung" (*liberación*) als eine noch einzulösende Aufgabe.

Diese Zusammenhänge können hier nur angedeutet werden. Allerdings führten sie nicht nur zu etwas einseitigen Interpretationen, sondern auch zu Fehleinschätzungen der Handlungsmöglichkeiten der eigenen Politiker. Ihre Bedeutung resultiert demnach vor allem aus der Position, die sie gegenüber dem Ausland einnehmen. Caudillos, d.h. Anführer, besitzen demzufolge durchaus eine Art Legitimation, wenn sie nationale Interessen vertreten und in Gestalt des Sozialrebellen auftreten, was bereits im 19. Jahrhundert der Fall war. Die positive Darstellung des paraguayischen Diktators Francia (1766-1840) ist ein Beleg dafür, andere lassen sich finden. Zum *líder latinoamericano*, d.h. zu einem lateinamerikanischen Anführer, können vor allem diejenigen avancieren, die sich von den USA absetzen. "Der Begriff Lateinamerika wird sehr aussagekräftig, wenn er dem Begriff Anglo-Amerika gegenübergestellt wird", konstatierte der brasilianische Kulturwissenschaftler und Politiker Darcy Ribeiro schon 1980. "Man kann sagen, dass die Lateinamerikaner besonders im Gegensatz zum reichen Amerika eine einheitliche Identität besitzen" (Ribeiro 1980: 326). Zwar ist längst von Mehrfachidentitäten die Rede, aber einige Merkmale der kubanischen Revolutionsstrategie in den 1960er Jahren oder der aktuellen bolivarianischen Außenpolitik Venezuelas entsprechen durchaus dem oben beschriebenen Muster. Damit gewinnt das Auftreten solcher Politiker aus lateinamerikanischer Perspektive eine fast geschichtsphilosophische Komponente: Es sind weniger das konkrete Regierungshandeln bzw. die Regierungsleistungen, die sie auszeichnen, sondern ihre Haltung gegenüber den USA, ihr Bekenntnis für Lateinamerika und zu Formen plebiszitärer Demokratie. Eine solche Sichtweise unterscheidet sich damit von einer Beurteilung, wie sie etwa den neueren vergleichenden Indexen zugrunde liegen, die vor allem Regierungsergebnisse, weniger aber die (vermeintlich guten) Absichten der Akteure berücksichtigen.

Bei der Personenorientierung in der Politik und der Berichterstattung über Lateinamerika mag das Erbe der Caudillos eine Rolle spielen. Im 19. Jahrhundert wurden sie angesichts des Machtzerfalls und der ausbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung zu einer Art Institutionenersatz. Peter Waldmann hat es folgendermaßen beschrieben: “Caudillismo soll heißen ein Typus autoritärer Herrschaft, der nicht institutionell verankert ist, sondern primär auf den persönlichen Führungsqualitäten des bzw. der Herrschenden beruht” (Waldmann 1978: 194). Die Autorität eines Caudillo beruhte teilweise auf der freiwilligen Anerkennung seiner Gefolgsleute sowie auf einem Patronage- und Klientelsystem. In Abwesenheit von institutionellen Regelungen musste sich ein Caudillo vor allem auf Familienangehörige und Vertrauensmänner (*hombres de confianza*) verlassen, auch dieses Muster lateinamerikanischer Politik lässt sich bis in die Gegenwart weiter verfolgen.

Hans-Jürgen Puhle nannte 1971 zwei wichtige Merkmale

lateinamerikanischer Politik: den ideologischen und freischwebenden Nationalismus und den *caudillismo*, eine bestimmte Art umfassender Personalisierung der Interaktionen des politischen Prozesses [...] (Puhle 1971: 17).

In diesem Kontext erscheint die Demokratie als “präsidentiell, plebiszitär, *caudillo*-orientiert”, in der Regel ist es in Lateinamerika “nicht so sehr das Amt, dem Achtung und Gehorsam bezeugt wird, sondern mehr die Persönlichkeit des Inhabers” (Puhle 1971: 18-20).

Entgegen einer in nicht wenigen Ländern vorherrschenden “revolutionären” Rhetorik sind wirkliche Revolutionen selten. Nur vier echte Revolutionen haben stattgefunden: Die mexikanische Revolution ab 1910, die bolivianische Revolution 1952, die kubanische Revolution 1959 und die nicaraguanische Revolution 1979. Revolutionsforscher vertreten die Meinung, dass allenfalls in Mexiko und Kuba von einer Revolution gesprochen werden kann (Puhle 1976; Wende 2000). Ein Grund für das Ausbleiben von Revolutionen liegt in der Personenorientierung. Da der Präsident über Entscheidungsbefugnisse bei der Vergabe von Regierungsaufträgen und Mitteln (*fondos*) verfügt, bestand in der Geschichte eine Tendenz, ihn durch einen Putsch abzulösen bzw. auszuwechseln. Deshalb bleibt die Frage der Institutionalisierung von Herrschaft und des durch Wahlen geregelten Machttransfers ein Problem. Dies hatte sich erst in den letzten beiden

Jahrzehnten im Zuge der neuen Bedeutung der Demokratie und von internationalen Regelungen gebessert. In jüngster Zeit haben jedoch verschiedene Präsidenten das ursprünglich nach dem Vorbild der mexikanischen Revolution eingeführte Prinzip der Nicht-Wiederwahl (*no reelección*) wieder aufgehoben, was erneut den Verdacht einer Versteigerung an der Macht (*continuismo*) geweckt hat. Möglicherweise erfolgten deswegen in einzelnen Ländern in den vergangenen Jahren sogenannte *golpes populares*, in etwa Staatsstriche des Volkes, gegen unpopuläre Regierungen oder aber Putschversuche (Venezuela 2002, Honduras 2009). Im Unterschied zu früher erhalten sie jedoch keine offene Unterstützung von den Regierungen anderer lateinamerikanischer Länder oder den USA. Sowohl die OAS mit einer 1991 erlassenen Demokratie-Charta als auch die internationale Gemeinschaft verteidigen demokratisch gewählte Präsidenten.

3. Politiker im historischen Überblick

3.1 *Libertadores* – Befreier eines Kontinents

Der Satz von Jacob Burckhardt in *Weltgeschichtliche Betrachtungen* (1978: 209) "Größe ist, was wir nicht sind" trifft am ehesten auf die Befreier zu. Frühzeitig erkannten sie die Chance für eine Loslösung von der Kolonialmacht; der "kollektive Nutzen" ihres Handelns schien offenkundig. Hinzu kam, dass sich ihre Statur kaum von den Niederungen des Regierungshandelns beschädigt sah. Ausschlaggebend für den Mythos blieben ihre Taten als "Befreier". Ihre Staatsvorstellungen, die zumindest bei José de San Martín (1778-1858) und Francisco de Miranda (1750-1816) eher auf eine monarchische Ordnung hinausliefen, spielten für ihre Bewertung eine untergeordnete Rolle. Der Argentinier San Martín gelangte nach dem historischen Treffen 1822 in Guayaquil/Ecuador mit Bolívar zu dem Ergebnis, dass ihre Vorstellungen zu unterschiedlich waren und zog sich nach Frankreich zurück.

Auch Simón Bolívar (1783-1830) war nach Berichten auf dem Sprung nach Europa, als ihn der Tod in Santa Marta/Kolumbien ereilte. Er erfüllt noch aus anderen Gründen alle Voraussetzungen für einen Heldenmythos. Neben seinen militärischen und organisatorischen Fähigkeiten war er ein guter Schriftsteller und Tänzer, wie Karl Marx 1858 mit leicht kritischem Unterton feststellte. Einige von Bolívars Äußerungen avancierten zu Schlüsselsätzen von Essayisten und zwar

über den Halbkontinent hinaus. Schon in seinem berühmten “Manifest von Cartagena” von 1812 griff er das Thema der Einsamkeit auf, als er feststellte, dass “Amerika in sich selbst gespalten ist, weil es von allen Nationen allein gelassen wurde”, er sprach von “Republiken im luftleeren Raum” und erwies sich am Ende seines Lebens als realistisch-pessimistischer Visionär: “Wir haben das Meer gepflügt [...] Die Unabhängigkeit ist das einzige Gut, das wir erreicht haben auf Kosten aller übrigen.” Gerade der essayistische Grundzug seiner Schriften machen sie für die unterschiedlichsten Lager attraktiv. Seine Texte finden sich sowohl in Anthologien des liberalen, des konservativen als auch des antiimperialistischen Denkens in Lateinamerika, was die programmatische Einordnung nicht erleichtert.

In diesem Band sind die beiden wichtigsten “Befreier” enthalten. Auch wenn San Martín und Simón Bolívar in allen Ländern und den Schulbüchern in einem für zeitgenössische europäische Verhältnisse kaum vorstellbaren Ausmaß gewürdigt werden, traten in vielen anderen Ländern Unabhängigkeits- und Befreiungshelden auf. Dazu zählen in Mexiko die Priester Miguel Hidalgo y Castilla (1753-1811), Verfasser des Aufrufes von Dolores *Grito de Dolores*, der als Beginn des mexikanischen Unabhängigkeitskrieges gilt, und der Geistliche José María Morelos (1765-1815) – beide wurden erschossen. In Honduras waren es Francisco Morazán (1792-1842) und der Mestize José Rafael Carrera (1814-1865), die aufgrund ihrer Regierungsleistungen aber durchaus umstritten sind. In einem Teil des Vizekönigreiches Río de la Plata unternahm 1811 José Gervasio Artigas (1764-1850) im späteren Uruguay einen ersten Anlauf zur Erkämpfung der Unabhängigkeit. Er erhielt den Titel *Jefe de los Orientales* (Führer der Östlichen) und *Protector de los Pueblos Libres* (Beschützer der Freien Völker). Die faktische Unabhängigkeit des Landes war allerdings erst das Ergebnis eines Schlichtungsprozesses zwischen der Argentinischen Konföderation und dem Kaiserreich Brasilien, die beide Anspruch auf das Gebiet der Banda Oriental erhoben und sich deswegen auch einen Krieg geliefert hatten. 1813 erklärte ein von dem kreolischen Anwalt José Gaspar Rodríguez de Francia (1766-1840) beeinflusster Kongress die Unabhängigkeit Paraguays und errichtete eine Konsularregierung. 1814 wurde er zum “Obersten Diktator der Republik” ernannt und herrschte bis zu seinem Tod 1840. Zu den bekannten Personen, die im Verlauf der Unabhängigkeitsrevolution auftauchten, zählt auch der

Viehzüchter und Caudillo Juan Manuel de Rosas (1793-1877), der von 1829 bis 1852 die Politik Argentiniens bestimmte. Von Rosas handelt auch der bekannte Essay von Domingo Faustino Sarmiento (1811-1888): *Zivilisation und Barbarei: das Leben von Facundo Quiroga* erschien 1845, als Vorlage diente u.a. *De la démocratie en Amérique* von Alexis de Tocqueville von 1835. In Chile und Peru spielte Bernardo O'Higgins (1778-1842) zunächst im Schatten von San Martín eine wichtige Rolle bei der Unabhängigkeit und führte von 1817 bis 1823 als "Oberster Staatsführer" ein autoritäres Regime. Antonio José de Sucre (1795-1830) war ein südamerikanischer Freiheitskämpfer und engster Vertrauter Bolívars. Der Venezolaner wurde auf dem Weg von Bogotá nach Quito ermordet. Statt anderer wurde in diesen Band der Kolumbianer Francisco de Paula Santander (1792-1840) aufgenommen.

Sonderfälle im Prozess der Unabhängigkeitswerdung bilden Brasilien und Kuba. Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Hispanoamerika war der Weg Brasiliens zur Unabhängigkeit durch starke Kontinuität geprägt und verlief größtenteils friedlich. Die mit dem napoleonischen Invasionsheer konfrontierte portugiesische Krone verlagerte 1808 mit Unterstützung Großbritanniens ihren Sitz nach Brasilien, das 1815 den Status eines gleichberechtigten Königreichs erhielt. 1821 kehrte Prinzregent Dom João als König nach Portugal zurück, sein Sohn Pedro I. erklärte 1822 die Unabhängigkeit Brasiliens und ließ sich zum Kaiser proklamieren. Innerhalb weniger Jahre erfolgte die internationale Anerkennung des neuen Staates. Nach der Abdankung von Pedro I. zugunsten seines minderjährigen Sohnes (1831) übernahm dieser 1840 als Dom Pedro II. die Macht und blieb bis zur Abschaffung der Monarchie im Jahr 1889 brasilianischer Kaiser. Kuba erlangte erst Ende des 19. Jahrhunderts die Unabhängigkeit von Spanien. Der Dichter und im Freiheitskampf gefallene José Martí (1853-1895) übernahm eine Vorreiterrolle, die er im historisch-politischen Bewusstsein der Insel behalten hat. Der Kult um den "Apostel und Märtyrer der Freiheit" gewann in Kuba nach dem Verschwinden des sozialistischen Lagers eine neue Bedeutung.

3.2 Auf dem Weg ins 20. Jahrhundert

Das 19. Jahrhundert gilt im Bewusstsein Lateinamerikas als eine durch Machterfall, interne Konflikte und durch den wirtschaftlichen Liberalismus gekennzeichnete und damit eher negativ besetzte Epoche. Zu den Ausnahmeerscheinungen gehört der mexikanische Präsident Benito Juárez (1806-1872). Als Sohn zapotekischer Eltern geboren, lernte er erst in der Schule Spanisch. Nach einer kurzen Tätigkeit als Anwalt ging er in die Politik und wurde Parteigänger der Liberalen, zu deren Anführer er aufstieg. Schon als Justizminister erließ er einschneidende Reformgesetze wie die Trennung von Kirche und Staat. 1858 wurde er zum Präsidenten Mexikos gewählt. Gegen die französische Intervention ab 1861 leistete er Widerstand. 1867 überwachte er persönlich die Erschießung Kaiser Maximilians I., der auf Betreiben Napoleons III. 1864 Kaiser Mexikos geworden war.

Zu den wichtigen Persönlichkeiten zählt auch der Argentinier Juan Bautista Alberdi (1810-1884). Er gilt als "Vater der argentinischen Verfassung" von 1853. Als Liberaler war er ein Anhänger der europäischen Einwanderung, auf ihn geht der Satz zurück: "*gobernar es poblar* – Regieren ist Bevölkern". Ähnliche Positionen vertrat sein Landsmann Domingo Faustino Sarmiento (1811-1888), von 1868 bis 1874 Präsident Argentiniens, dessen Essay "Zivilisation und Barbarei" in ganz Lateinamerika Reaktionen hervorrief. Für die Anhänger der im 20. Jahrhundert aufkommenden nationalistischen Geschichtsschreibung galt er als Repräsentant einer auslandsorientierten Sicht und wurde dementsprechend kritisiert.

José Battle y Ordoñez (1856-1929) gehört zu den frühen Reformern in Südamerika. Er war Sohn eines ehemaligen Präsidenten. In seinen beiden Amtszeiten (1903-1907 und 1911-1915) führte er eine Reihe von Neuerungen ein. Dazu gehörten laizistische Maßnahmen, ein erstes Scheidungsrecht und Aktivitäten zur Förderung der einheimischen Wirtschaft. Aus diesem Grunde gilt der *battlismo* als Vorreiter eines uruguayischen Sozialstaates.

Pedro II. (1825-1891) war Kaiser Brasiliens. In seine lange Amtszeit fiel die Konsolidierung des Staates, Kriege mit Nachbarstaaten blieben die Ausnahme.

Über die Auslegung des vergleichsweise wenig erforschten 19. Jahrhunderts hat es in jüngster Zeit Debatten gegeben. Politiker wie

der venezolanische Präsident Chávez propagieren – durchaus in eigener Absicht – eine Re-Interpretation des personalistischen Caudillismus und wollen hier Vorläufer der aktuellen Linksentwicklung entdecken.

3.3 Populisten

Viele der bekanntesten und nach wie vor populären Politiker Lateinamerikas hatten ihre beste Zeit Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie regierten während der sogenannten Entwicklung nach Innen (Importsubstitution), leiteten Reformen ein (u.a. Frauenwahlrecht und Acht-Stundentag) und beriefen sich auf das Volk (*pueblo*). Aufgrund der sich in den 1960er Jahren verschlechternden wirtschaftlichen Lage sowie einer nationalistisch-antiimperialistischen Historiographie nehmen sie in der Erinnerung der Bevölkerung einen wesentlich positiveren Platz ein als konservative, liberale oder gar neoliberale Präsidenten.

Auch in der englischsprachigen Karibik gab es im Zuge der dort erst nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden Phase der Entkolonialisierung Populisten, die eine Nähe zum Sozialismus bekundeten (Allahar 2001). Sie versuchten oder konnten in den Status von Staatsgründern aufsteigen: Eric Eustace Williams (1911-1983) galt in Trinidad Tobago als “father of the nation”, Cheddi Jagan (1918-1997) in Guyana als “father of the people”. In Grenada nannte man Eric Gairy (1922-1997) “Uncle Gairy” und Maurice Bishop (1944-1983) “Brother Bish”. Errol Barrow (1920-1978) auf den Barbados galt als “aristocrat with a common touch”, Linden Forbes Burnham (1923-1985) in Guyana sahen seine Anhänger als “Kabaka”, sozusagen als großen Häuptling. José Martí in Kuba wurde frühzeitig als “Apostel” tituliert, Fidel Castro versuchte dessen Charisma auf seine eigene lange Herrschaft zu übertragen. In Jamaika erhielt Michael Manley (1924-1997) von seinen Anhängern den Titel “Joshua”. Und in Haiti ließ sich Francois Duvalier (1909-1971) als “Papa Doc” bezeichnen.

Nur die wichtigsten Populisten werden in dem Band behandelt. Im Unterschied zu Deutschland und den meisten europäischen Ländern ist der Begriff in Amerika nicht *per se* negativ besetzt, denn in Nord- und Südamerika hat der Populismus eine andere Tradition. Als Region des “konsolidierten Populismus” hat Guy Hermet (2001) Lateinamerika bezeichnet. Mittlerweile wird zwischen einem klassischen Popu-

lismus in den 1940er/1950er Jahren, d.h. der Zeit der Importsubstitution, einem Neopopulismus, der mit der Phase des Neoliberalismus in Lateinamerika in den 1980er/1990er Jahren zusammenfiel und dem neuen Populismus unterschieden (Werz 2003), der wieder auf eine starke Rolle des Staates setzt. Die Übergänge sind jedoch fließend, sodass sich die Trennung nur partiell aufrechterhalten lässt. Als Folge eines populistischen Stils in den meisten lateinamerikanischen Ländern – zu den Ausnahmen gehören bislang Chile, Costa Rica und Uruguay – spielen Personen eine zentrale Rolle in der Politik, die auch durch verschiedene Modernisierungsschübe nicht eingeschränkt wurde.

Zu den bekannten Populisten zählen Juan D. Perón (1895-1974) und Evita (1919-1952) in Argentinien, Getúlio Vargas (1883-1954) in Brasilien und Lázaro Cárdenas (1895-1970) in Mexiko. Alle haben einen festen Platz in der Landesgeschichte und darüber hinaus, in Argentinien bleibt der Peronismus bis heute die bestimmende politische Kraft.

3.4 Reformer

Weitaus weniger bekannt sind die lateinamerikanischen Reformer. Aus der Perspektive antiimperialistischer oder marxistischer Interpretationen haben sie ihre ursprünglichen Ideale aufgegeben. Positiver werden sie im Ausland gesehen. Victor Raúl Haya de la Torre (1895-1979) konnte zwar nie Präsident Perus werden, leistete aber einen wichtigen Beitrag zur Entstehung von sogenannten national-revolutionären und später sozialdemokratisch ausgerichteten Parteien in mehreren lateinamerikanischen Staaten. Die indigene Frage und die einer Anwendung des Marxismus auf die lateinamerikanische Realität hat er in einer bekannt gewordenen Debatte mit dem peruanischen Marxisten José Carlos Mariátegui (1894-1930) aufgegriffen. Haya de la Torre plädierte für breite Allianzen und eine aktive staatliche Rolle, was die aus "apristischen" Parteien hervorgegangenen Präsidenten Rómulo Betancourt (1908-1981) in Venezuela und José Figueres Ferrer (1906-1990) in Costa Rica umzusetzen versuchten.

Auch im historischen Vergleich schneiden die Reformer, was politische Stabilität und wirtschaftliche Resultate anbelangt, nicht schlecht ab. Dies gilt ebenfalls für die "Helden des Überganges", die beim

Wechsel von der Diktatur zur Demokratie regierten, wie etwa Raúl Alfonsín (1927-2009), der von 1983 bis 1989 Staatspräsident in Argentinien war und die Hauptverantwortlichen für die während der Militärdiktatur begangenen Verbrechen vor Gericht stellte. Seine vermeintliche Schwäche, etwa anlässlich einer Meuterei von Offizieren in der Osterwoche 1987 und sein vorzeitiger Rücktritt vom Präsidentenamt 1989, erweisen sich in der Retrospektive als Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie.

Víctor Paz Estenssoro (1907-2001) hat in Bolivien eine zentrale Rolle im Zusammenhang mit der Revolution von 1952 gespielt. Er hat allerdings auch selbst während seiner vierten Präsidentschaft (1985-1989) einen großen Teil der in den fünfziger Jahren eingeleiteten staatszentrierten Entwicklungen wieder rückgängig gemacht und das Land auf einen neoliberalen Kurs gesteuert. Eduardo Frei Montalva (1911-1982) in Chile steht stellvertretend für reformorientierte Präsidenten aus den in der Nachkriegszeit entstandenen christdemokratischen Parteien. Sie zählen zu den modernen Parteien Lateinamerikas, haben aber in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren.

3.5 Revolutionäre, Sozialisten

Zweifellos rufen Revolutionäre und Sozialisten das größte Interesse hervor. Eine Einordnung fällt nicht nur bei dem Mexikaner Emiliano Zapata (1879-1919) schwer. Auch erweist sich die mexikanische Revolution selbst für diejenigen, die sich näher mit ihr beschäftigt haben, als eine ziemlich komplizierte Angelegenheit. Mit der 1994 aufgetretenen Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional* – EZLN) scheint sogar ein Anknüpfungspunkt zur internationalen globalisierungskritischen Bewegung gegeben. Allerdings hat die Begeisterung für den sich auf Zapata berufenden *Subcomandante Marcos* (*1957) etwas nachgelassen, seitdem bekannt ist, dass es sich um den nicht-indigenen Sohn eines relativ wohlhabenden Bürgers aus Tampico handelt, der an der *Universidad Nacional Autónoma de México* (UNAM) in Mexiko-Stadt Philosophie studiert haben soll. Das Auftreten mit schwarzer Maske und die Nicht-Veröffentlichung seiner Biographie erklärte er zum Programm einer Bewegung, die sich nach den Guerilla-Aktivitäten am 1. Januar 1994 wieder in Stellungen der Selbstverteidigung zurückzog

und bekundete, nicht um die politische Macht zu kämpfen: “Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern. Es genügt, sie neu zu schaffen.” Aufgrund des starken Medieninteresses besonders im Ausland wurde von einer “virtuellen Guerilla” oder Diskursguerilla (Huffschmid 2004) gesprochen, deren Einfluss auf die mexikanische Politik allerdings stark nachgelassen hat.

Augusto César Sandino (1895-1934) in Nicaragua ist ein Beleg dafür, dass von einem Märtyrer und einer Gegenfigur zur Familiendiktatur der Somozas eine enorme Wirkung ausgehen kann. So hat die 1961 gegründete Befreiungsbewegung *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) seinen Namen gewählt; Sandino bildete das Bindeglied zur historischen Auseinandersetzung mit den USA und verlieh der Bewegung eine autochthone Komponente, auch wenn sie starke Beziehungen zum castristischen Kuba und zum staatssozialistischen Lager unterhielt.

Zumindest in dieser Einleitung erwähnt sei Juan José Arévalo (1904-1990), der nach freien Wahlen von 1945 bis 1951 als Präsident Guatemalas regierte. In seiner “Ersten Regierung der Revolution”, die aus der sogenannten Oktoberrevolution von 1944 hervorging, vertrat er einen “spirituellen Sozialismus” und besaß große Anerkennung. Sein demokratisch gewählter Nachfolger Jacobo Árbenz Guzmán (1913-1971) wurde 1954 durch einen von der US-Regierung unterstützten Militärputsch gestürzt.

Ernesto Che Guevara (1928-1967) avancierte zum Weltrevolutionär und zur Pop-Ikone. “Ich halte dafür, dass dieser Mann nicht nur ein Intellektueller, sondern der vollkommenste Mensch unserer Zeit war”, schrieb der französische Philosoph Jean-Paul Sartre über ihn. Seine Schriften waren deshalb so verführerisch, weil sie einen voluntaristischen Grundzug aufwiesen, den der damalige französische Revolutionär und Lateinamerikareisende Régis Debray aufgriff und mit seiner Theorie des Guerilla-Fokus radikalisierte. Demnach müsse man nicht warten, bis Lateinamerika reif sei für die Revolution, sondern könne schon mit einem Funken (*foco*) einen Steppenbrand auslösen. Guevara scheiterte damit in Bolivien, dennoch eiferten ihm in der Land- und Stadtguerilla der 1970er Jahre Jugendliche und Studenten nach, von denen etliche später Opfer militärischer Repression wurden. Als gescheiterter Revolutionär konnte er gerade deswegen zum Idol der Massen und der Studentenbewegung werden, weil sein Tod 1967

in Bolivien vergessen ließ, dass er in der kubanischen Revolution auch Täter bei Exekutionen war.

Salvador Allende (1908-1973) wurde im Zuge der Regierung der Volkseinheit *Unidad Popular* und deren "friedlichem Weg" zum Sozialismus bekannt. Im sozialistischen Lager und bei der europäischen Linken erlangte Chile nach dem "konterrevolutionärem Putsch" am 11. September 1973 vorübergehend fast eine ähnliche Bedeutung wie der spanische Bürgerkrieg 1936. Allerdings hat das Bild von Allende als Politiker einige Kratzer erhalten (Widmann 2005). Auch wissenschaftliche Untersuchungen beurteilen seine politische Rolle skeptisch.

Die Literatur zu Fidel Castro (*1927), der sein Privatleben lange Zeit hermetisch abschirmte, lässt sich kaum noch überblicken. Nur die wenigsten Bücher bringen indessen neue Erkenntnisse. Bei Darstellungen über ihn und andere Revolutionäre sowie einige neuere Linkspopulisten besteht die Neigung, sich stark auf Interviews und Bekenntnisliteratur zu stützen. Fidel Castro und Kuba werden meist im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Embargo betrachtet, was auch zur Exkulpation von Menschenrechtsverletzungen und einzelner Verbrechen dient. Wie Fidel Castro ist Hugo Chávez ein Beispiel für den geschickten Umgang mit der ausländischen Presse und die Bereitschaft eines Teils der westlichen Medien, die Vision vom "guten Revolutionär" zu übernehmen. Im Fall des Venezolaners war es insofern auffällig, da der Oberstleutnant 1992 erstmals mit einem gescheiterten Putschversuch von sich reden machte, aber nach freien Wahlen 1999 an die Regierung gelangte und in der Folgezeit einen revolutionären Diskurs vertrat, dem erst mit einer gewissen Zeitverzögerung entsprechende Taten folgten. 2007 scheiterte Präsident Chávez bei einem ersten Versuch, den "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" nach einem Referendum zu dekretieren, knapp; 2009 gelang es ihm im zweiten Anlauf, darüber hinaus sicherte er sich die Möglichkeit einer unbegrenzten Wiederwahl. Zweifellos möchte er den mit dem altersbedingten Rückzug Fidel Castros vakant werdenden Posten eines Anführers der "lateinamerikanischen Revolution" übernehmen. Ob der Ex-Militär, der nach freien Wahlen an die Regierung gelangte, dazu ohne eine echte Revolution in der Lage sein wird, bleibt ungewiss. Seine bislang erfolgreiche Methode der Verstetigung an der Macht mit Hilfe von Formen einer plebiszitären Demokratie und durch mehrere Ände-

rungen der Verfassung hat indessen Nachahmer bei einigen lateinamerikanischen Politikern gefunden.

3.6 Militärdiktatoren und Militärs

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bestanden in den Ländern keine nationalen Streitkräfte. Es handelte sich eher um bewaffnete Banden, die sich um einzelne Caudillos gruppierten, die sich manchmal selbst einen Generalstitel verliehen. In den südamerikanischen Groß- und Mittelstaaten setzte Anfang des 20. Jahrhunderts eine Professionalisierung des Militärs ein, die in Argentinien und Chile mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zusammenhing. Damit wurden die Streitkräfte zu einem politischen Akteur.

Dem traditionellen Bild einer Familiendiktatur in der Karibik und Mittelamerika entsprechen die Trujillos und Somozas. Rafael Leónidas Trujillo y Molina (1891-1961) herrschte 31 Jahre in der Dominikanischen Republik. 1918 wurde er Mitglied der unter US-Besatzung aufgestellten Militärkräfte. Einmal an der Spitze, stürzte er den amtierenden Präsidenten und baute ein repressives System auf. Ihm selbst beliebte es, sich als *Benefactor de la Patria* und *Padre de la Patria Nueva* bezeichnen zu lassen, die Hauptstadt wurde in Ciudad Trujillo umgetauft. Man nannte ihn auch *El Chivo*, der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa hat einen Roman mit dem Titel *Das Fest des Ziegenbocks* verfasst. Zwischenzeitlich regierte sein ebenfalls zum *generalísimo* ernannter Bruder Héctor Bienvenido. 1961 wurde Trujillo ermordet, sein Sohn Ramfis, der schon mit zehn Jahren General wurde und dann ein Playboy-Leben in Europa und den USA führte, konnte seine Schreckenherrschaft nur noch kurz fortsetzen. Auf Druck der Kennedy-Regierung in den USA verließ der Clan das Land, um sich zunächst in Paris niederzulassen.

Als *caudillos consulares* hat man die Somozas wegen ihrer Abhängigkeit von den USA bezeichnet. Anastasio Somoza García (1896-1956) war der Begründer der Familiendynastie, er begann als Sohn eines Kaffeeplantagenbesitzers zunächst mit kleineren Posten im diplomatischen Dienst, um schließlich bis zum Chef der Nationalgarde aufzusteigen. 1934 veranlasste er die Ermordung von Augusto César Sandino. Mit Unterstützung der USA herrschten die Somozas 43 Jahre. Bekannt wurde die Beschreibung seiner Person durch den US-Prä-

sidenten Franklin D. Roosevelt: “Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn.” Als seine erste, zehn Jahre dauernde Präsidentschaft 1947 endete, soll die Menge *Se va el caimán* gesungen haben. Erneut amtierte er von 1951-1956, bis ihn ein als Kellner verkleideter romantischer Dichter namens Rigoberto López Pérez ermordete. Danach regierte sein ältester Sohn Luis *Tachito*, der an einem Herzinfarkt starb, worauf der jüngste Sohn Anastasio II 1967 als drittes Mitglied des Clans die Macht übernahm. Die Somoza-Herrschaft wurde 1979 durch einen von der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) angeführten Aufstand beendet. Anastasio Somoza Debayle flüchtete zu General Stroessner ins paraguayische Exil, wo ihn 1980 ein Guerillakommando erschoss.

Augusto Pinochet Ugarte (1915-2006) in Chile ist wahrscheinlich der bekannteste Diktator Lateinamerikas. Bis zum Staatsstreich vom 11. September 1973 war er nicht groß hervorgetreten. Als Fidel Castro mehrere Wochen lang Präsident Salvador Allende besuchte, war Pinochet für seine Sicherheit zuständig. Allende hielt ihn für einen loyalen Militär. Bei der Repression gegen die Anhänger der Regierung der Volkseinheit (UP) ging er brutal vor. Zwar blieb die Zahl der Ermordeten und Verschwundenen unter seiner Herrschaft in Chile mit 4.000 weit unter der der argentinischen Militärdiktatur ab 1976, Pinochet galt aber als der Schurke an sich. Diese Ansicht resultierte nicht zuletzt auch aus der Verbindung von Diktatur und Neoliberalismus. Allerdings avancierte er dank des einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs zu einem “Mörder mit Meriten” (Widmann 2005). Das Wirtschaftskonzept der Pinochet-Diktatur wurde von den demokratisch gewählten (Links-)Regierungen übernommen, kein Land in Lateinamerika schneidet in den entsprechenden Rankings so gut ab wie Chile.

In diesem Band sind nur wenige Militärdiktatoren vertreten. Interessante Beispiele weist im 20. Jahrhundert auch Venezuela auf. Juan Vicente Gómez (*1857) herrschte von 1908 bis zu seinem Tod 1935. Die Gründe für seine Diktatur wurden u.a. in dem Buch *Cesarismo Democrático* von 1919 beschrieben; sein Autor Laureano Vallenilla Lanz meinte in dem “Tyrann der Anden” den “notwendigen Gendarmen” zu erkennen, der die Ursachen der Diktatur gleichsam mit autoritären Mitteln beheben sollte. Nach einer demokratischen Zwischenphase trat General Marcos Pérez Jiménez (1914-2001) in Venezuela auf die politische Bühne, der an zwei Staatsstreichen beteiligt war und

von 1952 bis 1958 diktatorisch regierte. Er ging repressiv gegen die Oppositionsparteien vor, änderte den Landesnamen und brachte eine Reihe von Infrastrukturvorhaben auf den Weg. Zunächst im Exil, wurde er 1963 von den USA ausgeliefert und musste eine vierjährige Haftstrafe in Venezuela verbüßen. 1968 ließ er sich in Madrid nieder.

Die argentinischen Generäle Jorge Rafael Videla (Staatspräsident von 1976 bis 1981) und Emilo Eduardo Massera (Juntamitglied von 1976 bis 1978) haben ihren Platz auf den dunklen Seiten der Geschichte sicher. Sie wurden als eine Folge des Berichtes der Sábato-Kommission, deren Vorsitz der Schriftsteller Ernesto Sábato übernahm und unter dem Titel *Nunca más* veröffentlichte, verurteilt. Auch wenn sie später freikamen oder in einen vergleichsweise komfortablen Hausarrest wechselten, ging davon eine abschreckende Wirkung für potentielle Despoten aus.

Nicht in diesem Band enthalten sind sogenannte linke Militärreformer. Zu den bekanntesten Vertretern zählt General Velasco Alvarado (1910-1977), der von 1968 bis 1975 als "Präsident der Revolutionären Regierung" Machthaber in Peru war. Er verstaatlichte Rohstoffvorkommen und Großgrundbesitz und betrieb gleichzeitig eine militärische Aufrüstung des Andenstaates. Unter jüngeren lateinamerikanischen Offizieren gewannen er und die nasseristischen Militärs aus Peru eine gewisse Vorbildfunktion.² Omar Torrijos (1929-1981) war ein panamaischer General und Führer der Militärjunta von 1968 bis 1981. 1977 schlossen er und der damalige US-Präsident Jimmy Carter die Torrijos-Carter-Verträge, die Panama die volle Autonomie über den Wasserweg ab dem 31. Dezember 1999 garantierten.

Torrijos starb bei einem nicht aufgeklärten Flugzeugabsturz 1981, sein Sohn wurde später in demokratischen Wahlen zum Präsidenten gewählt und amtierte von 2004 bis 2009.

3.7 Politiker der Gegenwart

Zu den angesehensten lateinamerikanischen Politikern gehört Fernando Henrique Cardoso (*1931). Der Mitbegründer des *Dependencia*-Ansatzes leitete eine wirtschaftliche Reformpolitik ein, die in ihrer Fortführung und sozialen Verstärkung durch Luiz Inácio Lula da Silva

2 Nach dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abd al-Nasser benannte zivil-militärische Bewegung.

seit 2003 Brasiliens Rolle in Lateinamerika und der Weltpolitik gefestigt und für einen gewissen sozialen Ausgleich gesorgt hat (Bourne 2008).

Die Neo-Populisten seit den 1980er Jahren gewannen die Wahlen mit populistischen Versprechungen und regierten dann mit wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen, die sich nur wenig von denen liberal-konservativer Präsidenten unterschieden. Das bekannteste Beispiel war Carlos Menem (*1935) in Argentinien.

Von den sogenannten Neo-Populisten sind die Vertreter eines linken Nationalpopulismus zu unterscheiden. Als Vorreiter kann Hugo Chávez Frías (*1954) gelten, der es 1992 zunächst mit einem Staatsstreich versuchte, sechs Jahre später dann aber in freien Wahlen an die Regierung gelangte. Sein Werdegang und Aufstieg erinnern nicht nur aufgrund der gemeinsamen militärischen Herkunft an Perón. Anders als der argentinische Ex-General kündigte der venezolanische Ex-Oberstleutnant einen diffusen "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" an. Fast noch stärker als Perón und Castro versucht er sich in einer kontinentalistischen "revolutionären" Außenpolitik, die sich an die Völker bzw. verbündeten Politiker wendet, was bei gewählten Regierungen auf Ablehnung stößt.

Evo Morales (*1959) wird ebenfalls zu den neuen Linkspopulisten gezählt. Aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung und der jahrzehntelangen Unterdrückung spielt in Bolivien die indigene Frage eine Rolle. Wie alle (Links-)Populisten möchte er sich von den vorhandenen Politikern absetzen. "Nun regieren die sozialen Bewegungen und die verbrauchten Politiker-Eliten können sich erst einmal ausruhen" (Mittag/Ismar 2009: 11). Rafael Vicente Correa Delgado (*1963) in Ecuador und Daniel Ortega (*1945) in Nicaragua werden auch dieser Strömung zugerechnet, allerdings bestehen zwischen den Regierungschefs und Ländern erhebliche personelle und strukturelle Unterschiede.

Zu erwähnen sind noch einige wichtige Politiker, die nicht in diesem Buch enthalten sind: In Brasilien verfügt der zwischen 1902 und 1912 als Außenminister amtierende und als Baron von Rio Branco bekannte José Maria da Silva Paranhos Júnior (1845-1912) über einen vergleichbaren Stellenwert im historischen Gedächtnis der Nation, wie die Helden der Unabhängigkeit in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern. Rio Branco sorgte für eine Professionalisierung der

brasilianischen Diplomatie, ihm gelang die Bereinigung zahlreicher offener Grenzfragen mit den Nachbarstaaten und er etablierte ein mit wenigen Unterbrechungen bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts gültiges außenpolitisches Paradigma. Internationale Anerkennung hat Óscar Arias Sánchez (*1941) aus Costa Rica erlangt. Seit seiner Jugend Mitglied der sozialdemokratisch orientierten Partei der Nationalen Befreiung (PLN), wurde er nach vorherigen Ministerposten 1986-1990 erstmals Präsident. Für seinen Friedensplan von 1987 zur Beendigung des damaligen Mittelamerika-Konflikts, der von den Präsidenten von fünf Anrainerstaaten unterzeichnet wurde, erhielt er im gleichen Jahr den Friedensnobelpreis. Seit 2006 amtiert er wieder als gewählter Präsident. Ricardo Lagos Escobar (*1938) trat im Exil in die Sozialistische Partei (PS) Chiles ein. Er wurde Präsident der Demokratischen Allianz, in der die wichtigsten Oppositionsparteien gegen das Pinochet-Regime vertreten waren. Nach 1990 übernahm er Ministerposten im Mitte-Links-Bündnis *Concertación Democrática*. Anfang 2000 konnte er sich in der Stichwahl gegen einen konservativen Bewerber durchsetzen und wurde zweiter sozialistischer Präsident des Landes. Bis zu seinem Ausscheiden 2006 erzielte er die höchsten Popularitätsraten, die ein lateinamerikanischer Politiker in Umfragen erhielt. Nachfolgerin ist Michelle Bachelet (*1951), die nach verhaltenem Regierungsbeginn die Zustimmung der meisten Chilenen erlangen konnte.

Anfang 2007 wurde Rafael Correa Delgado (*1963) im politisch schwer regierbaren Ecuador zum Präsidenten gewählt.

Mit Fernando Lugo Méndez (*1951) regiert seit 2008 in Paraguay ein ehemaliger Bischof.

3.8 Frauen in der lateinamerikanischen Politik

Bei den Spitzenämtern war die Zahl der Frauen lange Zeit gering, nur wenige erreichten das Präsidentenamt. María Isabel Martínez de Perón regierte nach dem Tode ihres Mannes von 1974 bis 1976 in Argentinien, sie war 1973 zur Vize-Präsidentin gewählt worden. 1979-1980 amtierte Lidia Gueiler einige Monate als Interimspräsidentin in Bolivien. Violeta Barrios de Chamorro war 1990-1997 Präsidentin Nicaraguas. Von 1999 bis 2004 amtierte Mireya Moscoso als Präsidentin Panamas, ihr Mann Arnulfo Arias Madrid war dreimal Staatspräsident

des Landes. 2006 gewann Michelle Bachelet die Präsidentschaftswahlen in Chile, 2007 wurde Christina Fernandez de Kirchner zur Regierungschefin Argentiniens gewählt. Mittlerweile bestehen in den allermeisten Kongressen und bei der Kandidatennominierung der Parteien Frauenquoten, die Zahl der von Frauen eingenommenen Ministerämter ist gestiegen. Der Frauenanteil bei den Kongressabgeordneten liegt mit 19,4% sogar knapp vor den westeuropäischen Staaten. Bei Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen spielen Frauen eine wichtige Rolle. Auch die Töchter versuchen in die Fußstapfen ihrer Politikerväter zu treten. Ein jüngeres Beispiel ist die Tochter des peruanischen Ex-Präsidenten Fujimori.

4. Fazit

In den Präsidialregimen nehmen auch aufgrund der Schwäche der Parteien in Lateinamerika einzelne Politiker eine wichtige Rolle ein. Allerdings zeigen sich Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern. Während einige als konsolidierte Demokratien gelten können, sind in anderen populistische Traditionen stärker ausgeprägt. Folgende allgemeine Merkmale können festgehalten werden:

Orientierung an Personen: Nach den Annahmen der Modernisierungstheorie nimmt mit dem Fortschreiten der gesellschaftlichen Entwicklung die Bedeutung einzelner Personen ab, die von Institutionen und geregelten Verfahren hingegen zu. Auffälligerweise besteht in Lateinamerika nach wie vor ein personalistischer Grundzug. Dies kann teilweise mit Modernisierungskrisen, wirtschaftlicher Abhängigkeit und sozialer Ungleichheit erklärt werden. Einzelne Anführer und personenbezogene Mythen stellen scheinbar eine Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Politik her. Sie können als Ersatz für Institutionen wirken und zur nationalen Integration beitragen. Die "imaginierte Gemeinschaft" personifiziert sich demnach in einem Helden bzw. einer charismatischen Person. In den einzelnen Ländern versuchen Politiker dabei an historische Integrationsfiguren und deren Mythos anzuknüpfen. Die modernen Massenmedien eröffnen einerseits Möglichkeiten zu einer kritischen Berichterstattung, die jedoch in unterschiedlichem Ausmaß genutzt wird, andererseits bieten sie Chancen für eine personenbezogene Amts- und Machtausübung. Dieses komplizierte Verhältnis wurde bislang noch wenig untersucht.

Politik – ein Aufstiegskanal: Wie in der Bundesrepublik Deutschland kommt die politische Führung mehrheitlich nicht aus der Oberschicht. Die Parteien dienten im 20. Jahrhundert zum Aufstieg für neue soziale Gruppen. Dies gilt ebenfalls für einen Teil des Militärs sowie der alten und neuen Populisten. Nur in wenigen Ländern lässt sich noch von einer geschlossenen politischen Elite sprechen – eventuell in Kolumbien und bis vor kurzem in Paraguay. Neben den Wahlen und der Übernahme von Ämtern im Repräsentativsystem kann die Militär- und Guerillalaufbahn den Weg in die politische Elite eröffnen.

Auch der Typus des Technokraten ist nicht neu. Schon unter den *científicos* in Mexiko Ende des 19. Jahrhunderts lautete die Maxime, die Verwaltung solle zu- und die Politik abnehmen. Die sogenannten neuen Militärdiktaturen – beginnend mit dem Staatsstreich 1964 in Brasilien – versuchten sich damit zu rechtfertigen, dass sie die Politik durch Experten ersetzen wollten, damals war von “bewaffneten Technokraten” die Rede. In der neoliberalen Phase haben Technokraten an Einfluss auf die Wirtschaftspolitik gewonnen; sie wurden wegen ihrer akademischen Abschlüsse in den USA als *Chicago Boys* bezeichnet. Besonders in Chile und Mexiko war und ist ihre Präsenz deutlich zu erkennen. Unter Präsident Vicente Fox, der 2000 die jahrzehntelange Herrschaft der Partei der Institutionellen Revolution (PRI) ablöste, sollten sogar die Kabinettsmitglieder von Unternehmensberatern ausgewählt werden. Der Versuch, die Politik durch technokratischen Sachverstand zu ersetzen, hat jedoch nur in einzelnen Ländern und allenfalls vorübergehend funktioniert.

Das Exil – eine Schule für Politiker: Im Unterschied zur europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert bestand in Lateinamerika bis zu den Militärdiktaturen der 1960er/1970er Jahre ein relativ freizügiger Umgang bei der Vergabe von politischem Asyl. Nach Staatsstreichen fanden Oppositionelle Zugang zu Botschaften bzw. erhielten freies Geleit ins Ausland. So konnten sich viele von ihnen in Exilländern wie Costa Rica, Mexiko, Uruguay oder Venezuela auf neue Taten vorbereiten. Im Zeichen des Revolutionsexportes war Kuba ein Ausbildungsort und Rückzugsraum für Guerilleros. Seit der Machtübernahme des Militärs in Chile 1973 – teilweise aber schon vorher – wurden Europa und Nordamerika zur Exilregion. Im Ausland nahm das lateinamerikanische Bewusstsein zu, denn es trafen sich Men-

schen aus unterschiedlichen Ländern Süd- und Mittelamerikas und diskutierten über die politische Zukunft. Internationale Parteienverbände sowie die deutschen und später die spanischen parteinahen politischen Stiftungen spielten ebenfalls eine Rolle. Dadurch entstand eine Verbindung mit internationalen Strömungen und Bewegungen, lateinamerikanische Politiker konnten Kontakte knüpfen und sich u.a. durch Studium und Weiterbildung für künftige Aufgaben qualifizieren. Ausgenommen blieben vor allem die Militärs, die bis auf eine Ausbildungszeit in der Panama-Kanalzone oder in den USA meist geringe internationale Erfahrungen haben. Allerdings gewann Kuba eine Bedeutung als Rückzugsraum für politische Aktivisten und bei der Ausbildung von Guerilleros und Gegeneliten. Viele bedeutende Persönlichkeiten verbrachten einen Teil ihrer Laufbahn oder ihren Lebensabend im Exil. Dies galt etwa für den Unabhängigkeitshelden San Martín, der die längste Zeit seines Lebens in Spanien und Frankreich lebte, und andere argentinische Politiker wie Juan Manuel de Rosas (1793-1877), der ironischerweise in England starb. Ihrem Mythos hat dies nicht geschadet; in einigen Fällen wurde der Leichnam Jahrzehnte später überführt und dann publikums- und medienwirksam beigelegt. Sowohl Rosas 1989 als auch Evita Perón 1976 wurden nachträglich auf dem Friedhof "La Recoleta" in Buenos Aires beerdigt.

Einzelne Politiker kehrten nach langem Exil dank eines Mythos in ihr Heimatland zurück und wurden erneut Präsident. Der bekannteste Fall war Juan Domingo Perón, der 1973 wieder Präsident Argentiniens wurde, aber 1974 verstarb. Andere verbringen – von der Öffentlichkeit meist unbemerkt – nach einer überstürzten Flucht ihren Lebensabend im Ausland. Erwähnt seien hier Jean-Claude Duvalier, von 1971-1986 Staatspräsident von Haiti, genannt "Baby Doc", der nach dem Tod von "Papa Doc" dessen Herrschaft (1957-1971) bzw. die des Familienclans fortgesetzt hatte, bis er wegen zunehmender Proteste aus der Bevölkerung und auf Druck der USA die Regierung abgeben musste. Er soll nach einem Luxusleben an der Cote d'Azur krank in Paris leben. Jorge Serrano, von 1991-1993 Präsident Guatemalas, verließ nach massiven Protesten das Land und wohnt in Panama City. Gleich zweimal, von 1993-1997 und 2002-2003, war Gonzalo Sánchez Losada Präsident Boliviens. Nach Protesten wegen Erdgasgeschäften lebt er in Washington, gegen ihn läuft eine Zivilklage.

Rebellionen und zivil-militärische Allianzen: Getreu der Tradition des *alzado* (Aufständischer) bzw. des Rebellen liegen die Anfänge etlicher Politiker im extra-konstitutionellen Bereich. Mit anderen Worten: Sie traten mit einem Aufstandsversuch in die Politik ein, zum Teil in einer Allianz mit dem Militär. Dadurch erlangten sie eine gewisse Bekanntheit oder konnten einen Mythos aufbauen. Der berühmteste und mehrfach nachgeahmte Fall ist der Sturm auf die "Moncada-Kaserne" der Gebrüder Castro 1953 in Kuba oder 1992 das Auftauchen des damals völlig unbekannten Oberstleutnants Hugo Chávez bei einem Staatsstreichversuch gegen eine gewählte Regierung in Venezuela. Auch missglückte Versuche können zum politischen Geländegewinn dienen, eine Festungshaft kann zur Popularität beitragen.

Daneben gibt es Fälle, bei denen die Regierungschefs per Militärputsch an die Macht gelangten, später aber in freien Wahlen gewählt wurden – etwa Hugo Banzer Suárez in Bolivien (1971, 1997). Dies gilt übrigens auch für Zivilisten, die zunächst in einer zivil-militärischen Revolution an die Regierung kamen – wie Rómulo Betancourt 1945 in Venezuela und José Figueres Ferrer 1948 in Costa Rica – aber einige Jahre darauf demokratische Wahlen für sich entscheiden konnten.

Wiederwahl bzw. mehrfache Amtszeiten: Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, war eine der wichtigsten Forderungen der mexikanischen Revolution das Prinzip der Nicht-Wiederwahl (*no-reelección*). Im 20. Jahrhundert übernahmen die meisten Staaten diese Regelung, um einen *continuismo*, d.h. eine Verstetigung an der Regierung, zu verhindern. Je länger die demokratische Phase seit den 1980er Jahren anhält, umso mehr scheint die Neigung zu wachsen, die Einschränkungen bei der Wiederwahl aufzuheben. Dass diese Regel vernünftig ist, zeigt der Niedergang der repräsentativen Demokratie in Venezuela in den 1990er Jahren. Daran war der lange Zeit hoch angesehene christdemokratische Politiker Rafael Caldera (*1916) nicht unbeteiligt. Als Mitunterzeichner des Punto-Fijo-Paktes von 1958 und einer der Väter der Verfassung von 1961 galt er als Mitbegründer der venezolanischen Demokratie. Als ihn die eigene COPEI-Partei 1993 nicht zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen nominierte, zimmerte er ein heterogenes Wahlbündnis, das nur 50 von 203 Sitzen im Kongress errang und amtierte bis 1998 als Regierungschef. Anschließend

konnte der Populist Chávez angesichts des allgemeinen Politikverdrosses einen fulminanten Wahlsieg erringen. Unter Calderas letzter Regierung war einer seiner Söhne Leiter des Kabinetts, ein anderer Parteivorsitzender und der Schwiegersohn Chef der Präsidentenwache. Offenbar fällt der Ausstieg aus der Politik in Lateinamerika noch schwerer als in Europa.

Familismus und amiguismo: In Nord- und Südamerika ist das Vorhandensein von Familienbanden in der Gesellschaft verbreiteter als in Europa. Ein bekannter Fall sind die Kennedys in den USA, aber auch in lateinamerikanischen Ländern bestehen regelrechte Politikerfamilien. Arturo Alessandri Palma amtierte 1920-1924 in Chile, 1925 als Mitglied einer Junta und 1932-1938; sein Sohn Jorge Alessandri Rodríguez war 1958-1964 Präsident. Omar Torrijos herrschte von 1968-1981 als Chef einer nationalistischen Militärjunta in Panama, sein Sohn Martín Torrijos Espino war 2004-2009 Präsident. Eduardo Frei Montalvo regierte Chile von 1964-1970, sein Sohn Eduardo Frei Ruiz Tagle von 1994-2000, 2009 kandidiert er erneut. José Figueres Ferrer war dreimal Präsident in Costa Rica (1948, 1953-1958, 1970-1974), José Figueres Olsen von 1994-1998. Dabei blieb der Sohn weit hinter dem Vater zurück, Figueres Olsen wurde sogar angeklagt und lebt im Ausland. Ziemlich oft gehen die Kinder von Präsidenten ebenfalls in die Politik oder erreichen Posten als Botschafter, Minister bzw. in der Verwaltung.

In Diktaturen und revolutionären Regimen fällt die Besetzung mit den eigenen Leuten leicht. Ein bekanntes Beispiel ist Nicaragua unter den Somozas als quasi Familienbesitz und später unter der Herrschaft der Ortegas, von denen Daniel als Koordinator der "Regierung des nationalen Wiederaufbaus" und Humberto als Verteidigungsminister amtierte. Möglicherweise wirkte das kubanische Beispiel – mit der zwischen 2006/08 erfolgten Familiennachfolge in der Regierungsspitze – stilbildend. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in Venezuela unter der demokratisch legitimierten Herrschaft des "Kommandanten" (Befehlshabers) Hugo Chávez feststellen. Der Vater war Gouverneur, ein Bruder Minister, die anderen Brüder sind ebenfalls in politiknahen Bereichen aktiv. Die Besetzung von Spitzenämtern mit Familienmitgliedern oder persönlichen Freunden bzw. loyalen Gefolgsleuten hat Tradition, sie tritt derzeit besonders bei den linkspopulistischen Regie-

rungen auf. Dadurch besteht die Gefahr von mangelnder Transparenz gemäß der Devise: “*La ropa sucia siempre se lava en casa* – Die dreckige Wäsche wird immer zu Hause gewaschen.”

Verbindung traditioneller Muster mit modernen Methoden: Die Vorstellung, dass im Modernisierungsprozess traditionelle Formen der Politik überwunden werden können, hat sich nicht bestätigt. Stark personenbezogene Auftritte wurden mit moderner Wahlkampfberatung und Methoden der Einstellungsforschung verbunden. Bevor in den letzten Jahren gewisse Einschränkungen begannen, waren die Wahlkämpfe außerordentlich lang und kostspielig. Noch in den 1970er/1980er Jahren galten die venezolanischen Wahlkämpfe als die längsten und teuersten der Welt. Bei Fernsehauftritten einzelner Präsidenten zeigen sich in mehrfacher Hinsicht hergebrachte Muster: Zum einen die Tradition der *oratoria* (Redekunst) als auch die der Aufnahme von Bitten sowie die Praxis der Gunsterweise. Hugo Chávez hat dies in seinem sonntäglichen und mehrstündigen Programm “Álo, Presidente” auf die Spitze getrieben. Aber auch andere Präsidenten wenden sich regelmäßig in Fernsehansprachen an die Bevölkerung. Moderne Massenmedien können einen plebiszitären Regierungsstil fördern, gerade wenn die seriöse Presse ihrer Kontrollfunktion in der Demokratie nicht nachkommt.

Die Neigung zum doppelten Diskurs: Lateinamerika wird auch als “Kontinent des Wortes” bezeichnet. Die idealistische Tradition wirkt noch nach. Sie kann sich u.a. darin äußern, dass Politiker je nach Publikum eine unterschiedliche Tonlage anschlagen. Natürlich sind Fidel Castro und Hugo Chávez als “Kapitäne des Mikrophons” (Oppenheimer 2006) dabei unübertroffene Meister, aber auch andere Politiker sind nicht frei davon. Ein Beispiel, das im Ausland Befürchtungen eines militärischen Konfliktes hervorrief, war Anfang 2008 eine Auseinandersetzung zwischen den Präsidenten von Kolumbien, Ecuador und Venezuela, die dann relativ zügig mit einer Umarmung zwischen den vermeintlichen Kontrahenten bei einer Tagung in Santo Domingo beigelegt wurde.

Auch in der Außenpolitik zeigt sich dieses Verhalten. So wird von Ex-Präsidenten in Südamerika zuweilen offene Kritik am Verhalten einzelner Präsidenten geäußert, kaum aber von amtierenden Regierungschefs. Nach wie vor besitzen das Prinzip der Nichteinmischung

und eine Abwehrhaltung gegenüber den USA eine größere Bedeutung. Brasilien hat als vermeintliche Führungsmacht in Südamerika erst in jüngster Zeit Initiativen zur Lösung von Konflikten eingeleitet. Wie in anderen Ländern besteht die Tendenz, mit außenpolitischen Maßnahmen von innenpolitischen Problemen abzulenken. Die Neigung zur Reisetätigkeit und die Größe der Delegationen bei internationalen Kongressen entsprechen nicht immer dem tatsächlichen Gewicht der Länder. Allerdings scheint die Häufigkeit der Treffen der lateinamerikanischen Präsidenten keinen unmittelbaren Einfluss auf Fortschritte beim Integrationsprozess zu haben. Vorschnelle Urteile aus europäischer Sicht verbieten sich indessen, seitdem auch bei uns im Zuge der Parteienkrise einzelne Populisten und stark medienorientiert auftretende Präsidenten zum Regierungsalltag gehören.

Spektakuläre Richtungswechsel selten – Informelle Aushandlungsmuster und Allianzen nach wie vor vorhanden: Lange Zeit galt in Lateinamerika der “Kompromiss von Mann zu Mann” als ein Charakteristikum der Politik. Mittlerweile gehören auch Politikerinnen an der Spitze zu den Allianzen. Durch informelle und personenbezogene Aushandlungsmuster werden Klientelbeziehungen in die Politik eingebracht, für die Entwicklung von modernen und transparenten Parteien ist ein solches Verfahren nicht förderlich. Bezeichnenderweise bestehen in den Ländern, die nach den Kriterien der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft am besten abschneiden – Brasilien, Chile, Costa Rica und Uruguay – funktionierende Parteiensysteme.

5. Ausblick: Zunehmende Vielfalt

Wie werden sich die Politiker und der politische Stil weiter entwickeln? Bei der Mehrheit der bekannteren Politiker Lateinamerikas war in der Vergangenheit eine engere Verbindung zur alten Welt vorhanden als in der Gegenwart. Etliche studierten in Europa und hielten sich im Exil oder auch sonst längere Zeit dort auf. 2009 ist die Unabhängigkeit Lateinamerikas von Europa und den USA ausgeprägter als in der Vergangenheit. Eine weitere Änderung zeigt sich im Umgang mit der nationalen Geschichte und der indigenen Vergangenheit, die seit 1992, als die Entdeckung/Eroberung 500 Jahre zurücklag, einen neuen Stellenwert gewann. Zumindest in Bolivien und Venezuela führt dies zu politischen Spannungen. Die Idee des *mestizaje*, d.h. eine vom

Staat geförderte Mischung verschiedener Ethnien, wie sie besonders in der mexikanischen Revolution ab 1910 und der bolivianischen Revolution von 1952 propagiert wurde, verliert an Bedeutung. Was die Gesetzgebung anbelangt, haben sich die meisten lateinamerikanischen Länder multikulturelle Verfassungen gegeben, die statt von einer nationalen Identität von unterschiedlichen Identitäten ausgehen. Übrigens entspricht die Wirklichkeit der Länder diesem neuen und vor allem im Ausland vorhandenen Interesse an der indigenen Bevölkerung – außer in einem Teil der Andenstaaten und Guatemala – nicht. Fast 80% der Lateinamerikaner leben in Städten, rund 95% haben Zugang zum Fernsehen.

Der politische Stil ist weniger formell als in der Vergangenheit. Bei den Treffen lateinamerikanischer Regierungschefs dominieren mittlerweile legere Kleidung und Inszenierungen mal in landestypischer Form, mal mit revolutionären Absichtserklärungen. Im Vergleich zur Europäischen Union (EU) fallen die Resultate dieser immer häufigeren Zusammenkünfte bislang bescheiden aus. Dies gilt sowohl für die verschiedenen und teilweise konkurrierenden Vorhaben einer lateinamerikanischen Währung als auch für kulturelle Projekte bis hin zu den Feierlichkeiten zur 200-jährigen Loslösung bzw. politischen Unabhängigkeit von Spanien 2010. Jenseits der Gipfelversammlungen fällt es offenbar schwer, konkrete Projekte umzusetzen. Gemeinsame lateinamerikanische Schulbücher, Kultur- und Filmprogramme stehen erst am Anfang.

Die Fälle von Amtsmissbrauch werden heutzutage schneller und stärker geahndet als zuvor. Alberto Fujimori regierte Peru von 1990 bis 2000. Nachdem er bei einer Auslandsreise in Japan geblieben war, wurde er vom peruanischen Kongress abgesetzt. 2007 wurde er von der chilenischen Polizei verhaftet und nach Lima ausgeliefert, wo man ihn 2009 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilte. Im demokratischen Musterland Costa Rica wurden gleich zwei Ex-Präsidenten angeklagt: Rafael Ángel Calderón (1990-1994) und Miguel Ángel Rodríguez (1998-2002), die vorübergehend unter Hausarrest standen. Carlos Saúl Menem regierte zwei Amtszeiten in Argentinien (1989-1999). Er wurde wegen Waffenverkäufen an Ecuador und Kroatien angeklagt, erhielt sechs Monate Hausarrest und lebte danach eine Zeit lang in Chile. Trotzdem machte er den Versuch, wieder in die Politik zurückzukehren. Nicaraguas Präsident José Arnoldo Alemán Lacayo (1997-

2002) wurde wegen Geldwäsche, ungerechtfertigter Bereicherung und Veruntreuung öffentlicher Gelder zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Relativ bald erhielt er eine Art Hausarrest, der es ihm erlaubt, sich frei in Managua zu bewegen. Mexikos Ex-Präsident Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) wurde die Fälschung von Dokumenten und unrechtmäßige Bereicherung vorgeworfen. Darüber hinaus wurde behauptet, er sei mit seinem Bruder Raúl am Tod von Francisco Ruiz Massieu beteiligt gewesen. Er verlor alle Ämter. Die zweite Amtszeit von Carlos Andrés Pérez in Venezuela (1989-1993) endete mit einer vorzeitigen Amtsenthebung. Nach seiner Verurteilung lebte er in der Dominikanischen Republik und mittlerweile in den USA. Lucio Gutiérrez regierte in Ecuador von 2002 bis 2005. Ihm wurde ein Verstoß gegen die nationale Sicherheit vorgeworfen, er lebt in Brasilien.

Ein weiterer Konfliktpunkt liegt im Spannungsverhältnis zwischen Diskurs und sozioökonomischer Wirklichkeit. Während manche Länder gezielt ihre Chancen in der Globalisierung suchen, tragen einige Populisten einen antiimperialistisch-nationalistischen Diskurs vor, als würden sie noch im Zeitalter der klassischen Nationalstaaten leben. Nach wie vor erweist sich die politisch-propagandistische Abgrenzung gegenüber den USA und einzelnen europäischen Ländern, d.h. eine Externalisierung des Entwicklungsproblems, als ein Mittel zur innenpolitischen Mobilisierung und wird als Rechtfertigungsversuch eingesetzt. Mittel- und langfristig geht es aber um etwas anderes. Wie gelingt es, in den Mega- und Mittelstädten die Versorgung zu gewährleisten? Wie lässt sich das Problem der Kriminalität lösen? Und welche Rezepte haben Politiker anzubieten, um einer Bevölkerung, die zu 50% unter 20 Jahre alt ist, neue Lebenschancen zu eröffnen?

Mit anderen Worten: Entgegen den hochtrabenden Absichtserklärungen geht es um praktische Fragen. Als Manko erweist sich dabei das Fehlen von neuen Vorstellungen zur sozialen und politischen Ordnung. Bei allem Respekt dürften die Gedanken der Befreier von 1810 dazu nur einen geringen Beitrag leisten. Sozial- oder christdemokratische Reformer, wie sie in Chile, Uruguay, Brasilien und mit Abstrichen auch in Peru regieren, haben darauf eher eine Antwort zu bieten als selbsternannte Revolutionäre und vollmundige Populisten. Insofern sei abschließend daran erinnert, dass unter den lateinamerikanischen Politikern auch Staatsmänner zu finden sind, die keine

Wiederwahl anstreben und die nach ihrer Präsidentschaft nur unwesentlich wohlhabender waren als zu Beginn derselben.

Ohne der Lektüre der einzelnen Aufsätze vorgreifen zu wollen, kann festgehalten werden, dass es keinen einheitlichen Typus des Politikers in Lateinamerika gibt. Wie überall besteht auch hier die Gefahr der Stereotypen. Wenn wir am Ende der Einleitung mit Blick auf die im Jahr 2009 regierenden und in ihrer großen Mehrheit demokratisch gewählten Politiker die Frage nach ihrem beruflichen und sozialen Hintergrund stellen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Es überwiegen bei weitem die *Präsidenten mit einem zivilen Hintergrund und einem akademischen Abschluss*. Darunter finden sich erstaunlich viele Juristen, zunehmend aber auch Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler sowie Mediziner. Wie in Europa und Deutschland bildet die politische Laufbahn einen Karriereweg für Vertreter aus der Mittelschicht. Der Anteil von *Frauen* als Staatspräsidentinnen (Argentinien, Chile) und in anderen hohen politischen Positionen steigt kontinuierlich. *Wirkliche Revolutionäre*, die zu einem gewissen Zeitpunkt eine revolutionäre Bewegung anführten, regieren in Kuba (1959) und Nicaragua (1979), aber im letztgenannten Land ab 2007 nach freien Wahlen. Mittlerweile können – wie in Brasilien und Bolivien – ehemalige *Gewerkschaftsführer* zum Präsidenten aufsteigen. Immer seltener finden sich Präsidenten mit einem *militärischen Hintergrund*, und wenn sie das Regierungsamt erreichen, dann sind sie demokratisch gewählt worden (Venezuela). Die Politik ist in sozialer Hinsicht durchlässiger geworden und die lange Zeit dominierenden Nachfahren europäischer Einwanderer verlieren an Bedeutung. Der Besitzer der größten Supermarktkette Panamas, Ricardo Martinelli, wurde 2009 zum Präsidenten gewählt, auch in einigen anderen Staaten haben in jüngerer Zeit *Unternehmer* (Mexiko bis 2006, Nicaragua bis 2007) den Posten des Regierungschefs eingenommen; in Paraguay regiert seit 2008 ein ehemaliger *Bischof*.

So ist das Bild, das die lateinamerikanischen Politiker in einer zunehmend multipolaren Welt abgeben, „bunter“ geworden. Auffällig bleibt bei den Politikern die Berufung auf eine vor rund 200 Jahren begonnene Geschichte der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Dies verweist auf die besondere Beziehung zur Alten Welt in einer Zeit, wo die Zahl der in Lateinamerika und der Karibik wohnenden Menschen mit fast 600 Millionen bereits höher liegt als die der

27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (ca. 500 Millionen). Wie sie ihre Länder im 21. Jahrhundert regieren werden, ergibt sich nicht zuletzt aus dem klugen Umgang mit ihren Vorläufern und einer realistischen Einschätzung der eigenen Möglichkeiten.

6. Zur Auswahl der porträtierten Personen und zum Aufbau der Beiträge

Der Band hat weniger die aktuelle politische Landkarte im Blick, sondern möchte eine Auswahl der wichtigsten Politiker Lateinamerikas präsentieren. Eingangs wurde schon darauf hingewiesen, dass die öffentliche Wahrnehmung tagespolitisch geprägt ist und sich an vermeintlichen revolutionären Höhepunkten orientiert. Während Castro und Guevara vielen geläufig sind, dürften Paz Estenssoro und Betancourt weitgehend unbekannt sein.

Dass dabei vor allem diejenigen zum Zuge kommen, die auch tatsächlich regiert haben, liegt in der Natur der Sache. Es tauchen aber auch eher tragische Figuren auf – wie Augusto César Sandino – oder Politiker, die nie Präsident wurden – wie Raúl Haya de la Torre.

Einzelne Länder sind gar nicht vertreten, andere erscheinen fast überrepräsentiert, was bei Argentinien nicht nur in diesem Buch der Fall ist. Allerdings konnte es nicht um enzyklopädische Vollständigkeit gehen.

Die Artikel fallen im Duktus zum Teil unterschiedlich aus, die Autorinnen und Autoren wurden gebeten, sich an folgendem Schema zu orientieren:

Dem Beitrag wird ein Bild der porträtierten Person vorangestellt. Aus urheberrechtlichen und finanziellen Gründen muss auf die frei zugänglichen Abbildungen zurückgegriffen werden, wie das Medienarchiv Wikimedia. Zusätzlich werden die wichtigsten persönlichen Daten der behandelten Figur zusammengestellt.

Einleitung: Die Bedeutung der Person für das jeweilige Land bzw. Lateinamerika soll angedeutet werden.

Werdegang und Aufstieg: Welche Rolle spielt die “Vorprägung” durch Elternhaus, Erziehung, regionale Prägung und berufliche Erfahrung für das Verhalten? Liegen externe Einflüsse vor? Auf historische und strukturelle (Landes-)Bedingungen sollte in diesem Abschnitt kurz eingegangen werden.

Macht und Anhängerschaft: Warum gelingt es der Person, einen wichtigen Einfluss in der Geschichte zu erlangen? Wenn sie Präsident wurde: Welche Eigenschaften und/oder persönliche Einstellungen erschwerten oder erleichterten beim Erreichen der Präsidentschaft die Führung der Amtsgeschäfte? Spielt das Charisma eine Rolle? Basiert die Herrschaftsausübung auf autoritären Maßnahmen bzw. einer Diktatur?

Bedeutung: Worin liegen Erfolge oder Misserfolge? Was macht – in den Augen der Zeitgenossen und dem Urteil der Nachwelt – die “Größe” und/oder aber den “Schurkenstatus” einer Person aus? Wann und warum ist die Bedeutung einer Person gewachsen?

Kommentierte Bibliografie: Am Ende des Aufsatzes steht eine kommentierte Bibliographie. Auf Anmerkungen und vor allem auf Fußnoten sollte möglichst verzichtet werden. Die kommentierte Bibliografie kann auch Hinweise auf Filme und CDs enthalten.

Verschiedene Personen haben dazu beigetragen, dass dieser Band erscheinen konnte. Der Leitung des Ibero-Amerikanischen Instituts (IAI) in Berlin und Dr. Peter Birle sei gedankt, dass das Buch in einer Reihe des Instituts erscheinen konnte. Allen Autorinnen und Autoren ein Dankeschön für ihre Beiträge. Der besondere Dank gilt erneut Martin Koschkar, B.A. für seine Hilfe. Ingrid Hager-Werz hat beim Korrekturlesen mitgewirkt, Prof. Dr. Reinhard Singer hat uns großzügig unterstützt. Frau Anneliese Seibt (IAI) hat dankenswerterweise die Endkorrekturen und die Druckfassung bearbeitet. Simone Winkens, M.A. und Manuel Paulus, M.A. haben das Vorhaben am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock unterstützt.

Kommentierte Bibliografie

Ackerl, Isabella (2006): *Die bedeutendsten Staatsmänner* (Wiesbaden) enthält zu Lateinamerika Kurzporträts von Bolívar, Cárdenas und García Juárez.

Álvarez García, Marcos (Hrsg.) (2007): *Líderes políticos del siglo XX en América Latina* (Santiago). Der Sammelband präsentiert ausgewählte Politiker, die Aufsätze sind vom Aufbau recht unterschiedlich und teilweise älteren Datums.

Adams, Jerome R. (1991): *Liberators and Patriots of Latin America: Biographies of 23 Leaders from Doña Maria (1505-1530) to Bishop Rome-*

ro (1917-1980) (North Carolina) gibt einen Überblick über lateinamerikanische Patrioten und Befreier aus der Feder eines Autors mit weiterführenden Literaturhinweisen.

- Alexander, Robert J. (1962): *Prophets of the Revolution. Profiles of Latin American Leaders* (New York) beschreibt Leben und Wirken von 12 Politikern von José Battle y Ordoñez bis Fidel Castro. Eine kurze Einleitung und ein unter dem Eindruck der damaligen "Allianz für den Fortschritt" stehender Schluss runden das Buch ab, dessen Autor seine Sympathien für die demokratische Linke nicht verheimlicht.
- Alexander, Robert J. (Hrsg.) (1988): *Biographical Dictionary of Latin American and Caribbean Political Leaders* (New York) enthält Kurzbiografien mit Literaturverweisen.
- Allahar, Anton (Hrsg.) (2001): *Caribbean Charisma. Reflections on Leadership, Legitimacy and Populist Politics* (Boulder/London) enthält Aufsätze zu Populisten und Revolutionären in der Karibik und Kuba.
- Arciniegas, German (1958): *Entre la libertad y el miedo* (Buenos Aires). Das Buch des kolumbianischen Essayisten beschreibt die politische Situation am Vorabend der kubanischen Revolution und setzt sich besonders mit der Ausstrahlung des Peronismus auseinander.
- Berking, Helmut/Hitzler, Ronald/Neckel, Sighard (Hrsg.) (1994): *Politikertypen in Europa* (Frankfurt a.M.). Der Sammelband geht auf Politiker in Zeiten nachlassender Konfliktlinien ein und diskutiert ihre Rolle als "Animateure der Erlebnisgesellschaft" im europäischen Kontext.
- Birle, Peter et al. (Hrsg.) (2007): *Elites en América Latina* (Frankfurt a.M.).
- Bourne, Richard (1969): *Political Leaders of Latin America* (London) behandelt in dem journalistischen Text nur sechs Politiker (darunter die weniger bekannten Alfredo Stroessner, Juscelino Kubitschek und Carlos Lacerda).
- Bourne, Richard (2008): *Lula of Brazil. The Story so Far* (Berkeley/Los Angeles) präsentiert eine Biografie des wichtigsten Politikers der neuen lateinamerikanischen Linken.
- Braun, Herbert (2008): *Mataron a Gaitán. Vida pública y violencia urbana en Colombia* (Bogotá) schildert Leben und Tod des populären Politikers und den *Bogotazo* von 1948.
- Brunk, Samuel/Fallaw, Ben (Hrsg.) (2006): *Heroes & Hero Cults in Latin America* (Austin) geht auf den gesellschaftlichen Kontext von Helden- und Mythenbildungen in Lateinamerika ein und untersucht Mythen Träger von Simón Bolívar bis Frida Kahlo und Evita Perón.

- Burckhardt, Jacob (1978): *Weltgeschichtliche Betrachtungen* (Stuttgart) mit dem Kapitel "Das Individuum und das Allgemeine (Die historische Größe)".
- Cárdenas, Fernando/González, Jorge (2006): *Los Watergates Latinos. Prensa vs gobernantes corruptos* (Bogotá) behandelt die Rolle der Presse u.a. bei der Aufdeckung von Korruptionsaffären in der jüngeren lateinamerikanischen Politik.
- Carrera Damas, Germán (1973): *El culto a Bolívar* (Caracas) analysiert Merkmale und Intentionen des Bolívar-Kultes in Venezuela.
- Commire, Anne (Hrsg.) (1994): *Historic World Leaders 4/5 North & South America* (Detroit). Die beiden Bände enthalten ca. fünfseitige Porträts und Bilder zu bekannten Politikern in Nord- und Südamerika mit Literaturhinweisen.
- Das Fischer Lexikon 2000. Personen der Gegenwart. Biographien aus Politik, Wirtschaft und Kultur von 1945 bis heute* (Frankfurt a.M.) hat lateinamerikanische Politiker aufgenommen. Dies gilt auch für das spätere Nachschlagewerk *Der Fischer Weltalmanach. Personenlexikon* (Frankfurt a.M., 2007).
- Die Grossen der Moderne* (2001, o.O.). Der Bild- und Textband enthält neben Pelé mit Che Guevara, Maradona und Evita Perón nur Argentinier.
- Dubkin, Claudia (Hrsg.) (2008): *Fundadores de la izquierda latinoamericana* (Buenos Aires) schildert Begründer der lateinamerikanischen Linken von José Martí bis Camilo Torres.
- Eickhoff, Georg (1999): *Das Charisma der Caudillos: Cárdenas, Franco, Perón* (Frankfurt a.M.) analysiert historische Momente der drei genannten Politiker vor dem Hintergrund der Herrschaftssoziologie Max Webers und einer seiner Meinung nach Iberoamerika prägenden katholischen Ethik im Spannungsfeld von "Platz, Palast und Balkon".
- Galeano, Eduardo (2007): *Die offenen Adern Lateinamerikas* (Wuppertal, 19. Aufl.!) ist ein Beispiel für eine nationalistisch-antiimperialistische Geschichtsschreibung. Der Text ist glänzend geschrieben und erfreut sich einer anhaltend großen Leserschaft, auch wenn die Zahlen vollkommen veraltet sind. Bei dem OAS-Gipfel im April 2009 in Trinidad und Tobago überreichte Präsident Chávez dem neu gewählten US-Präsidenten ein Exemplar, worauf das Buch bei Amazon auf den zehnten Platz rückte.
- Garzón Valdés, Ernesto (1980): "Caudillos und Diktatoren in Lateinamerika. Ein Klassifizierungsvorschlag", in: *Iberoamericana*, 11, S. 3-28 zeigt u.a. die begrifflichen Unterschiede zwischen Lateinamerika und Europa auf.

- Gumbrecht, Hans Ulrich (2008): "Die Rückkehr des totgesagten Subjekts", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (07.05.2008).
- Hermet, Guy (2001): *Les populismes dans le monde. Une histoire sociologique XIXe-XXe siècle* (Paris) schildert auch die lateinamerikanischen Populismen.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (Wien) geht im 12. Kapitel auf die Entwicklung in der Dritten Welt ein.
- Hofmeister, Wilhelm (Hrsg.) (2002): *Politische Führung in Lateinamerika* (Frankfurt a.M.) untersucht das Aufkommen des neuen Populismus in ausgewählten Ländern.
- Huffschmid, Anne (2004): *Diskursguerilla: Wortergreifung und Wider-Sinn. Die Zapatistas in den Spiegeln der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit* (Heidelberg).
- Ismar, Georg/Mittag, Jürgen (2009): "Vom Protest zur Partizipation?". In: Jürgen Mittag/Ismar, Georg (Hrsg.): *"El pueblo unido"? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas* (Münster, S. 11-36). Der Aufsatz und der umfangreiche Sammelband schildern die sozialen Bewegungen in verschiedenen Ländern; die Frage der Kooperation oder eventuellen Manipulation durch einzelne politische Führer steht nicht im Vordergrund.
- Kahle, Günter (1980): "Diktatur und Militärherrschaft in Lateinamerika", in: *Zeitschrift für Lateinamerika*, 19 geht vor allem auch auf das 19. Jahrhundert ein und zeigt an historischen Beispielen die Merkmale von *Caudillos letrados* und *Caudillos bárbaros*.
- König, Hans-Joachim (2006): *Kleine Geschichte Lateinamerikas* (Stuttgart) gibt einen Überblick über die lateinamerikanische Geschichte, ein Schwerpunkt liegt auf dem 19. Jahrhundert.
- Labaké, Juan Gabriel (1999): *Líderes Latinoamericanos* (Buenos Aires). Nach einer positiven Würdigung der Rolle der Caudillos werden ausgewählte Figuren von Artigas bis Perón behandelt. Fidel Castro wird aufgrund seiner Abhängigkeit von der SU nicht aufgenommen. *Latinoamérica profunda, la de siempre, es nacional y popular*, lautet der Schlusssatz (S. 393).
- Lewis, Paul H. (2006): *Authoritarian Regimes in Latin America. Dictators, Despots, and Tyrants* (Lanham) skizziert autoritäre Regime in Lateinamerika.
- Mendoza, Plinio Apuleyo/Montaner, Carlos Alberto/Vargas Llosa, Alvaro (1998): *Fabricantes de Miseria. Políticos, curas, militares, empresarios*,

- sindicatos...* (Barcelona) setzen sich aus liberaler Perspektive kritisch mit lateinamerikanischen Eliten und Gegeneliten auseinander.
- Miranda, Álvaro (2008): *Jorge Eliécer Gaitán. El fuego de una vida* (Bogotá) ist eine Biografie des kolumbianischen Liberalen und Populisten.
- Nudelman, Ricardo (2007): *Diccionario de política latinoamericana del siglo XX* (Mexiko) enthält z.B. die Namen und Regierungsperioden aller Präsidenten im 20. Jahrhundert.
- Oppenheimer, Andrés (2006): *Cuentos Chinos. El engaño de Washington, la mentira populista y la esperanza de América Latina* (Caracas). Der für *The Miami Herald* und CNN schreibende bzw. kommentierende Journalist geht auf die asiatische Herausforderung ein, die verfehlte Außenpolitik der USA gegenüber Lateinamerika und die Nachteile populistischer Wirtschaftspolitik.
- Puhle, Hans-Jürgen (1971): "Sehnsucht nach Revolution. Zur Typologie der Faktoren und Bedingungen des politischen Prozesses und des politischen Stils in Lateinamerika", in: Lindenberg, Klaus (Hrsg.): *Politik in Lateinamerika. Interne und externe Faktoren einer konfliktorientierten Entwicklung* (Hannover, S. 13-32) schildert allgemeine Merkmale lateinamerikanischer Politik.
- (1976): "'Revolution' von oben und Revolution von unten in Lateinamerika" in *Geschichte und Gesellschaft*, 1976/2, unterscheidet zwischen unterschiedlichen Revolutionsprozessen.
- Rangel, Carlos (1977): *Del buen salvaje al buen revolucionario* (Caracas). Der Journalist und Essayist kritisiert die Vorstellung von einem "guten Revolutionär" in Lateinamerika und die aus seiner Sicht verkehrte Wahrnehmung der Realität durch die *Dependencia*-Ansätze.
- Reents, Edo (2001): "In der Strafkolonie. Wozu und zu welchem Zweck studiert man heute Biografien?". In: *Süddeutsche Zeitung* (25.01.2001).
- Ribeiro, Darcy (1980): "Gibt es Lateinamerika?". In: Ders.: *Unterentwicklung, Kultur und Zivilisation. Ungewöhnliche Versuche* (Frankfurt a.M., S. 315-329).
- Sabsay, Fernando (2003): *Protagonistas de América Latina 1* (Buenos Aires).
- (2006): *Protagonistas de América Latina 2* (Buenos Aires), die beiden Bände vermitteln einen guten Überblick.
- Sarmiento, Domingo Faustino (2007): *Barbarei und Zivilisation. Das Leben des Facundo Quiroga* (ins Deutsche übertragen und kommentiert von Berthold Zilly) (Frankfurt a.M.) ist die definitive Übersetzung des Schlüsselessays über Argentinien im 19. Jahrhundert.

- Sebreli, Juan José (2008): *Comediantes y mártires. Ensayo contra los mitos* (Buenos Aires). Der kontrovers diskutierte Essay schildert und kritisiert die Mythen um die vier bekannten Argentinier Carlos Gardel, Evita Perón, Ernesto Che Guevara und Diego Maradona.
- Sierra, Julio A. (2005): *Asesinatos políticos en América Latina* (Buenos Aires), schildert politische Morde.
- Soriano de García Pelayo, Graciela (1997): "El personalismo político hispanoamericano del siglo XIX", in: *Politeia*, 20, S. 11-28. Der Band enthält nach dem einleitenden Aufsatz Artikel zu einzelnen Caudillos und personalistischen Herrschern im 19. Jahrhundert.
- Schneider, Wolf (2007): *Große Verlierer. Von Goliath bis Gorbatschow* (Reinbek) mit Porträts von Maximilian von Mexiko und Che Guevara.
- Schwarz, Hans-Peter (1998): *Das Gesicht des Jahrhunderts* (Berlin) behandelt das 20. Jahrhundert, ohne näher auf Lateinamerika einzugehen.
- Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (Hrsg.) (2008): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung* (Wiesbaden) enthält zu den einzelnen politischen Systemen jeweils im 1. Kapitel einen historischen Überblick.
- Vallenilla Lanz, Laureano (1991): *Cesarismo Democrático y otros textos* (Caracas) enthält eine leicht redigierte Version des "demokratischen Caesarismus" von 1919.
- Waldmann, Peter (1978): "Caudillismo als Konstante der politischen Kultur Lateinamerikas?", in: *JbLA*, 15, S. 191-207.
- Wende, Peter (Hrsg.) (2000): *Grosse Revolutionen der Geschichte* (München) behandelt u.a. die mexikanische und kubanische Revolution.
- Werz, Nikolaus (2003): "Alte und neue Populisten in Lateinamerika", in: Ders. (Hrsg.): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa* (Opladen), S. 45-64 schildert Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den klassischen und neueren Populismen.
- (2008): *Lateinamerika. Eine Einführung* (Baden Baden) skizziert Rahmenbedingungen der lateinamerikanischen Politik.
- Widmann, Carlos (2005): "Zwei zweifelhafte Märtyrer", in: *Cicero*, 2, S. 34-38 vergleicht Allende und Pinochet in Chile und meint, sie waren wie Ursache und Wirkung.